



WILLKOMMEN IM PARADIES

\$TEUEROASEN-\$TADTFÜHRUNG



Sie haben sich für die Steueroasen-Stadtführung der AZ entschieden – herzliche Gratulation!

Über vielen Firmen, die Sie auf diesem alternativen Stadtpaziergang antreffen werden, haben wir in den vergangenen Jahren Artikel geschrieben, die wir Ihnen in diesem handlichen Guide zusammengestellt haben. Stolpern Sie also auf Ihrer Tour durch die Steueroase über einen unbekannten Firmennamen, können Sie ihn hier einfach nachschlagen. Viel Spass!

2

Aptiv

3

Holch Povlsen Switzerland AG

4

Frontera Energy und Ecopetrol

5

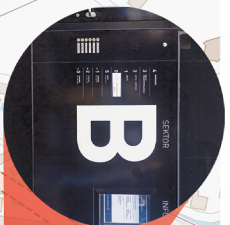
Wal-Mart

6

Rising Tide, NewCoalTrading, Mallinkrodt

8

Eurasia



1 Mühlenstrasse 2

Unsere Stadtführung beginnt parkischerweise gleich beim Bahnhof, damit auch alle den Weg finden. Passend dazu befindet sich hier seit 15 Jahren der Hauptsitz einer der grössten Hersteller von GPS-Geräten, Garmin.



2 Spitalstrasse 5

Bald fahren wir auch schon vor den Büroarmutlichkeiten des führenden US-Autoreilleherstellers **Apur** vor.



5 Rebteutgang 1

Ganz unscheinbar bunkert hier **Wal-Mart**, der grösste Arbeitgeber der Vereinigten Staaten sein Geld.



3 Promenadenstrasse 19

Der Promenadepark wird zur rostlosen Wiese, vergleicht man ihn mit diesem Prachtstück eines Briefkastens, der unter anderem die Tochterfirmen des dänischen Modedezans hinter Marken wie **Jack&Jones** oder **Vera Moda** beheimatet.

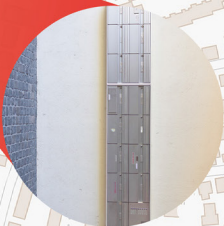
4 Grabenstrasse 15

Hier an der Grabenstrasse heisst der Benzinergesch in der Nase: kein Wunder, fühlen sich hier mit **Frontiera Energy** und **Ecopetrol** gleich zwei südamerikanische Ölproduzenten wohl.



9 Pestalozzistrasse 2

Unsere Führung endet am Fuss des Emmentalerbergs, der zwar kein 8000er ist, aber wo sich die nepalesischen Besitzer des **FCS (Lons One)** trotzdem wohl zu fühlen scheinen.



8 Freier Platz 10

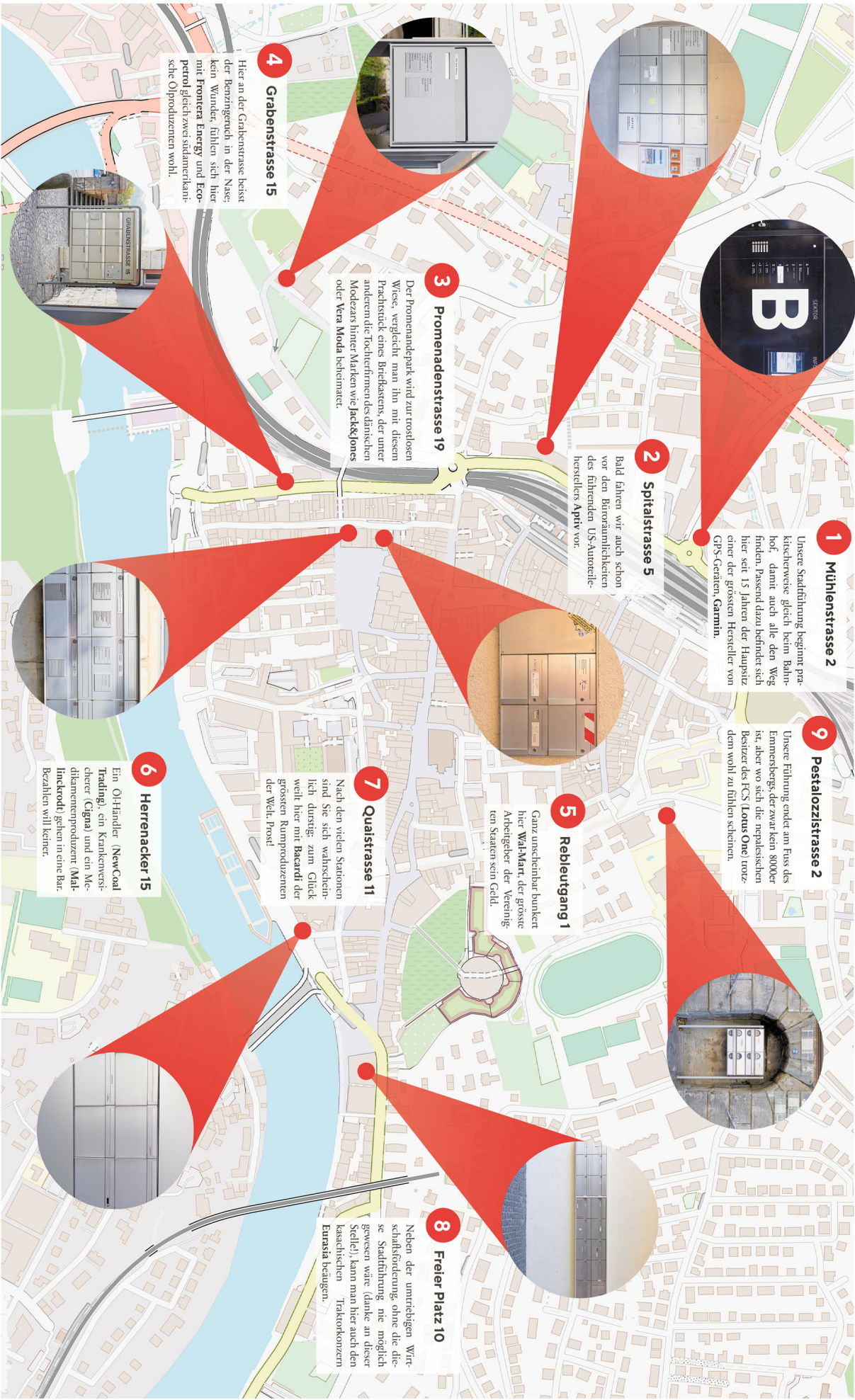
Neben der untrüben Wirtschaftsförderung, ohne die diese Stadtführung nie möglich gewesen wäre (danke an dieser Stelle!), kann man hier auch den kasachischen Traktorkonzern **Eurasia** beträgen.

7 Quaistrasse 11

Nach den vielen Stationen sind Sie sich wahrscheinlich durstig; zum Glück weit hier mit **Bacardi** der grössten Rumpfproduzenten der Welt, Prose!

6 Herrenacker 15

Ein O-Handler (**NewCoal Trading**), ein Krankenkassenchef (**Cigna**) und ein Medizintechnikproduzent (**Malinckrodt**) gehen in eine Bar. Bezahlen will keiner.





APTIV
SPITALSTRASSE 5



Bildmotive: Robi Kohler

STEUERWETTBEWERB Ein Konzern zieht nach Schaffhausen – und erhält dafür vom Kanton ein millionenschweres Steuergeschenk.

Simo Muster

Über die Gräben in der Schaffhauser Politlandschaft existiert eine Brücke, die aus einer geteilten Überzeugung gezimmert ist: die Unternehmen richten. Nach klammen Jahren ermöglichen «Überschüsse aus hohen Unternehmenssteuererträgen», die grossen Herausforderungen der Zukunft in Angriff zu nehmen, schreibt Peter Neukomm in seinen Wahlunterlagen; «dank höheren Unternehmenssteuererträgen» habe man endlich wieder finanziellen Handlungsspielraum, liest man fast identisch bei Daniel Preisig; die «nachhaltige Finanz- und Steuerpolitik» des Kantons habe zu einer «massiven Stärkung des Lebens- und Wirtschaftsstandorts Schaffhausen» geführt, freut sich Dino Tamagni auf seiner Homepage.

Die Einigkeit kommt nicht von ungefähr, der Punkt lässt sich schlecht wegdiskutieren. In den vergangenen elf Jahren haben sich die Unternehmenssteuereinnahmen auf 113 Millionen Franken verdreifacht. Millionen für

Steuersenkungen, für ein neues Hallenbad und Polizei- und Justizzentrum, ein aufgewertetes Lindli.

Diese Geldschwemme hat einen Preis. Einen moralischen, aber auch einen finanziellen. Im Normalfall lassen sich beide schlecht beziffern. Aber nun gibt der Jahresbericht eines neuangesiedelten Konzerns erstmals Einblick, wie gross die Steuergeschenke sind, die der Kanton schnürt. Es geht um Milliarden. Das Beispiel zeigt auch, wie Konzerne trotz der OECD-Mindeststeuer immer noch von Steuerschlupflöchern profitieren können.

Kurze Wege in die Steuerferien

Der internationale Steuerwettbewerb ist hart umkämpft, ein Konzern kommt nicht von alleine ins beschauliche Schaffhausen. Neben den Steuersätzen, für die die Politik zuständig ist, soll vor allem die Wirtschaftsförderung dafür sorgen, dass sich Grosskonzerne nicht

in Delaware oder Dublin, sondern am Rhein niederlassen. Auf ihrer Website wirbt die Wirtschaftsförderung damit, dass in Schaffhausen «die Wege zu Wirtschaft, Forschung und Entscheidungsträgern» kurz seien. Zudem gehört es zur Strategie und zur Aufgabe der Wirtschaftsförderung, bei den grossen Beratungsfirmen möglichst weit vorne im Adressbuch zu stehen.

Der Kanton Schaffhausen kann einzelne Unternehmen unter gewissen Bedingungen mit Subventionen unterstützen; für diese sogenannten einzelbetrieblichen Förderbeiträge steht für den Zeitraum zwischen 2020 bis 2029 ein Kredit von 20 Millionen zur Verfügung. Gemäss Zahlen der Wirtschaftsförderung aus dem Frühling profitieren aktuell 14 Unternehmen von solchen Förderbeiträgen.

Doch ausgerechnet das wirksamste Instrument im internationalen Steuerwettbewerb hat kein Kostendach. Wie oft es zur Anwendung kommt, wird nicht öffentlich kommuniziert. Nicht einmal die mächtige GPK wird informiert. Der Kanton kann Unternehmen Steuererleichterungen gewähren, ihnen also Kantonssteuern erlassen. Während zehn Jahren können einem Konzern bis zu 100 Prozent der Gewinnsteuern auf Kantonsebene geschenkt werden. Dafür muss die neu in Schaffhausen gegründete Firma volkswirt-

schaftlich relevant sein und etwa beweisen, dass durch die Umsiedlung Arbeitsplätze geschaffen werden. Die genauen Bedingungen werden in einer Leistungsvereinbarung festgehalten. Ist sie unterzeichnet, erhält der Konzern etwas, das in der Fachwelt poetisch als «tax holiday» bezeichnet wird – Ferien von den Steuern.

330 Millionen gute Gründe

Genau solche Ferien hat der Kanton dem irisch-US-amerikanischen Unternehmen *ptiv Inc.*, einem der grössten Zulieferer zur Autoindustrie, geschenkt. Der Konzern ist einer der grössten Zulieferer der Autoindustrie, 2023 setzte er 20,1 Milliarden um. Im selben Jahr eröffnete er je eine *ktien-* und eine Holdinggesellschaft in Schaffhausen. Es sind *ptivs* einzige Tochtergesellschaften in der Schweiz. In seinem Jahresbericht 2023 verkündete das Unternehmen seinen Investorinnen und Investoren dann: «Der Schweizer Tochtergesellschaft des Unternehmens wurde eine zehnjährige Steuererleichterung gewährt, die im Jahr 2024 beginnt.» Und er verrät auch gleich, wie viel das Schaffhauser Steuergeschenk schätzungsweise wert ist: 330 Millionen Dollar. Das ist fast drei Mal so viel wie die gesamten Unternehmenssteuern, die der Kanton 2023 eingenommen hat.

Und wozu hat sich der Konzern im Gegenzug verpflichtet? Das hat die *Z* die kantonale Steuerverwaltung gefragt. Doch dort gibt man sich zugeknöpft. Departementssekretär Daniel Sattler sagt, er könne zu einzelnen Unternehmen keine Auskunft geben. Fragen von allgemeiner Natur, etwa wie viele Leistungsvereinbarungen für Steuererleichterungen der Kanton mit Unternehmen abgeschlossen hat, lässt er unbeantwortet, ebenso wie Wirtschaftsförderer Christoph Schärer. Auch *ptiv* möchte keine weiteren Angaben zum Schaffhauser Steuergeschenk machen. Einzig: «Wir können bestätigen, dass wir in Schaffhausen zwei Gesellschaften gegründet haben, in denen derzeit rund 25 Mitarbeiternde arbeiten.»

Der Sitz der beiden Tochtergesellschaften hat sich inzwischen tatsächlich von einem Briefkasten in ein Büro verwandelt. In Schaffhausen werden allerdings keine Komponenten für Elektroautos produziert, das Schaffhauser Büro bietet «strategische und rechtliche Beratung sowie kaufmännische und betriebswirtschaftliche Expertise, um das Wachstum in Europa zu beschleunigen», wie *ptiv* auf seiner Homepage schreibt. Aktuell werden ein «End User Services Architect», ein «IT Cloud Architect» und ein «Legal Counsel – Global Compliance & Risk» gesucht.

Das Steuergeschenk von einer Drittmilliarde dürfte für *ptiv* denn auch nur ein Grund für das Schaffhausenabenteuer sein. Vielleicht fast wichtiger ist: Der Konzern hat hier womöglich ein Schlupfloch im Regime der neuen OECD-Mindeststeuer gefunden.

«So hat das Unternehmen einen Steuervorteil von schätzungsweise 1,8 Milliarden Dollar erzielt.»

Annual Report 2023 von *ptiv*

Geistiges Eigentum, materielle Vorteile

Seit Anfang Jahr die OECD-Steuerreform in Kraft getreten ist, müssen Konzerne wie *ptiv*, die jährlich einen Umsatz von 750 Millionen Franken oder mehr erzielen, mindestens 15 Prozent Steuern auf ihren Gewinn bezahlen. In seinem letzten Jahresbericht schreibt *ptiv*, dass die OECD-Mindeststeuer eine grosse Herausforderung für den Konzern darstelle. Einige Staaten hätten allerdings signalisiert, dass sie das OECD-Vorhaben nicht unterstützen würden. Deswegen habe man proaktiv gehandelt und die beiden Tochterfirmen in Schaffhausen eröffnet. Zeitgleich mit der Eröffnung der beiden Tochtergesellschaften habe der Konzern auch mehrere hundert Patente und Markenrechte an den Rhein gezügelt, aktuell sind mindestens 950 Patente sowie rund 50 Markennamen auf die Schaffhauser Tochterfirma registriert. Der

«Wenn das so ist, dann ist das skandalös.»

Dominik Gross von Alliance Sud

Umzug dieses geistigen Eigentums nach Schaffhausen hat sich gelohnt, wie *ptiv* seinen Investorinnen und Investoren vorrechnete. «So hat das Unternehmen einen Steuervorteil von schätzungsweise 1,8 Milliarden Dollar erzielt.»

Ein neues Schlupfloch?

Dominik Gross, Steuerexperte bei Alliance Sud, ist eher genervt als überrascht von dem, was die *Z* herausgefunden hat. Der Bund

lässt seiner Meinung nach viele Einzelheiten zur Umsetzung der Mindeststeuer vorsätzlich im Unklaren. Und Gross hat eine Theorie, auf welchem Weg *ptiv* einen milliardenschweren Steuervorteil erhalten konnte. Noch vor der Abstimmung über die OECD-Mindeststeuer wollte er von der Eidgenössischen Steuerverwaltung für eine Analyse wissen, ob ein besonders berücktigter Steuertrick – der sogenannte Step-up – trotz Mindeststeuer weiterhin zur Steuervermeidung genutzt werden kann. Dieser Trick erlaubt es Firmen, die sich neu in der Schweiz niederlassen, bisher unversteuertes Eigenkapital (zum Beispiel Patente) aufzudecken und während maximal zehn Jahren vom steuerbaren Gewinn abzuziehen. Die Antwort, die Gross damals von der Steuerverwaltung erhielt: Es gebe dazu keine einheitliche Meinung. «Das Beispiel *ptiv* ist interessant, weil es zeigen könnte, dass der Bund bis heute keine Klarheit über dieses Steuerschlupfloch geschaffen hat. Sollte dies der Fall sein, wäre das skandalös.»

Es gibt aber noch einen weiteren Erklärungsansatz. Faktisch hat die Schweiz einen wichtigen Bestandteil der OECD-Mindeststeuer – im Gegensatz zur EU – nie umgesetzt: die internationale Ergänzungssteuer. Sie würde es der Schweiz erlauben, bei Tochterfirmen einer in der Schweiz ansässigen Firma im Ausland Steuern zu erheben, sofern diese dort weniger als 15 Prozent Steuern bezahlten. Weil sie aber darauf verzichtet und auch die US die internationale Ergänzungssteuer noch nicht umgesetzt hat, bleibt die Schweiz für US-Konzerne, die ihre Beteiligung an anderen Unternehmen steuergünstig parkieren wollen, weiterhin sehr attraktiv. Sie bleibt mit anderen Worten die Steueroase, welche die OECD trocken legen wollte.

Mit verdeckter Karte

Fassen wir zusammen: Ein Konzern eröffnet zwei Tochtergesellschaften in Schaffhausen, um der globalen Mindeststeuer zu entkommen. Daraus resultiert ein Steuervorteil von über zwei Milliarden Dollar für den Konzern: 1,8 Milliarden dank eines Steuertricks mit Patenten plus 330 Millionen Franken als Geschenk vom Kanton. Dafür stellt er 25 Anwälte und Informatikerinnen in Schaffhausen ein. Und die Öffentlichkeit erfährt nur deswegen davon, weil der Konzern in seinem Jahresbericht jubelt.

Von welchen Steuertricks *ptiv* am Schluss profitiert hat, wissen nur der Konzern selbst und der Kanton. Beide möchten sich von der Öffentlichkeit lieber nicht in die Karten blicken lassen.



HOLCH POVLSEN SWITZERLAND AG
PROMENADENSTRASSE 19



Der Briefkasten an der Promenade strasse 19.

Robi Kohler

Der Modezar und sein Briefkasten

STEUERPARADIES Anders Holch Povlsen ist der reichste Däne. Ein gutes Stück seines Reichtums fließt durch einen Schaffhauser Briefkasten.

Simon Muster

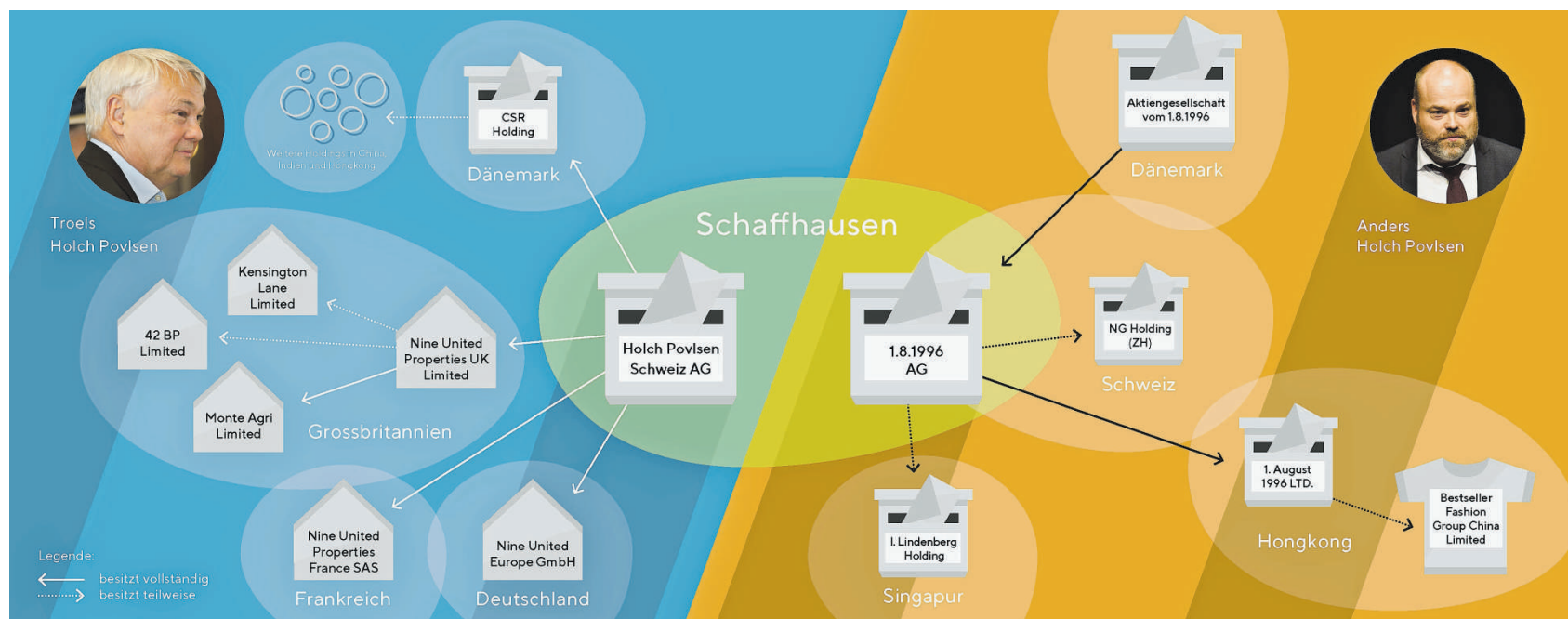
Die Serie «Succession» ist ein Welthit. Ein skrupelloser, aber gesundheitlich angeschlagener Medienmogul spielt seine Kinder mit Intrigen und Winkelzügen gegeneinander aus, um herauszufinden, wer seinen milliarden schweren Medienkonzern irgendwann übernehmen soll.

Wie so häufig bei amerikanischen Hits gibt es ein Vorbild aus einem anderen Teil der Welt. In diesem Fall kommt das Vorbild aus Dänemark: Dort heisst die Serie «Ervingerne», «Die Erbschaft.» Etwas weniger pompös behandelt auch die dänische Serie die Frage, wie ein millionenschweres Erbe auf die Kinder verteilt werden sollen. Vielleicht war es der Erfolg von «Die Erbschaft», die den dänischen Journalisten Søren Jakobsen dazu inspirierte, sei-

nem Buch über die steinreiche Povlsen-Familie den gleichen Titel zu geben. Ihren Reichtum verdankt die Povlsen-Familie einem Modeimperium namens Bestseller, zu dem unter anderem Vero Moda, Vila und Jack and Jones gehören. Doch ihren Reichtum genießt die Familie lieber im Verborgenen. Sie hat dafür gesorgt, dass auch offizielle Dokumente möglichst wenig über sie preisgeben. Die Struktur des Firmennetzwerks der Familie ist riesig und weit verzweigt. Søren Jakobsen beschreibt es so: «Kaum ein Medium wird aus der Struktur der Bestseller-Group schlau.»

Und genau hier kommt der Schaffhauser Briefkasten ins Spiel. Wie Recherchen der AZ zeigen, ist dieser einer der Dreh- und Angelpunkte in diesem komplizierten Firmenkonstrukt. Mithilfe von Unternehmensunterlagen, Einblick in das britische Katasteramt, Gesprächen mit dänischen Wirtschaftsjournalisten und Schweizer Steuerexperten kann die AZ zeigen, wie der Patron der Familie den Schaffhauser Briefkasten dafür verwendet hat, die eigentliche Cashcow des Imperiums – das Chinasgeschäft – steuergünstig an seinen designierten Nachfolger zu übergeben.

Es ist die Geschichte einer Familie, die ihre Geschäfte lieber im Schatten abwickelt – und ihn in Schaffhausen gefunden hat.



Ein Ausschnitt aus dem Firmenimperium der Schaffhauser Briefkästen.

Grafik: Andrina Gerner

Der Aufstieg

Auch wenn sie nicht gerne darüber reden: Die Geschichte eines jeden Milliardärs beginnt mit Glück. Im Fall von Troels Holch Povlsen kommt das Glück 1975 in Kisten: Randvoll mit überschüssigen Sommerkleidern aus der darbenenden Kleiderfabrik seines Onkels. Für Troels, damals 26, ist der Zeitpunkt ideal: Er hat kurz davor sein Examen als Bekleidungstechniker an der Textilschule in Ringkøbing an der Westküste Dänemarks in den Sand gesetzt. Die Interessen des jungen Troels liegen sowieso woanders: Eigentlich liebt er vor allem Antiquitäten und historische Häuser – vier Jahrzehnte später wird er dieser Leidenschaft mit Hilfe eines Schaffhauser Briefkastens frönen.

Der vorerst sitzt Troels Holch Povlsen auf Kisten mit Sommerkleidern. Er beweist damit ein erstes Mal, was für seine Karriere entscheidend sein würde. Sein Gespür dafür, zur richtigen Zeit am richtigen Ort zu sein: Er karret die Kisten von der Fabrik im Landesinneren an die Westküste und verkauft sie an Sommergäste.

Innert kürzester Zeit eröffnet er weitere Läden und gründet bald die Bestseller AS. Schnell übersteigt die Nachfrage aber die Kapazität der Textilfabrik seines Onkels. 1978 fliegt er deshalb nach Kalkutta, Indien.

Das Geschäftsmodell, das Troels Holch Povlsen dort entwickelt, ist relativ simpel und nimmt den Aufstieg von Fast Fashion in den nächsten Jahrzehnten vorweg: Statt Kleider in eigenen Fabriken zu produzieren, lässt er sie von Subunternehmern im fernen Osten herstellen. Die gegen Tiefstlöhne

produzierte Billigmode wird dann an den besten Läden in europäischen Städten verkauft, beworben durch europäische Models. In Schaffhausen etwa im Vero Moda am Fronwagplatz oder im Jack and Jones an der Vordergasse.

Ein Geschäftsmodell, mit dem sich Garn zu Gold spinnen lässt: Mitte 90er-Jahre schätzt ein dänisches Wirtschaftsmagazin Troels Holch Povsens Vermögen auf umgerechnet rund 650 Millionen Schweizer Franken. Damit kauft er sich zum Beispiel das 900 Hektaren grosse Landgut Gyllingnæs an der Ostküste, ein malerisches Anwesen auf einer Landzunge mit bestem Blick auf den Horsens Fjord.

Troels Holch Povlsen stellt die Weichen auf Dynastie. Mit seiner Frau, Merete Holch Povlsen, zeugt er die zwei Söhne Niels und Anders und beginnt früh damit, letzteren als Nachfolger aufzubauen. Alles läuft nach Plan. Doch dann lernt er auf dramatische Weise eine Lektion, die den Familienkonzern für die nächsten Jahrzehnte prägen wird: Reichtum versteckt man am besten.

Die Tücken

Das Jahr 1998 beginnt für die Familie Holch Povlsen mit Drohungen, die in den Lack ihrer Autos gekratzt wurden. Später folgen zahlreiche Erpresserbriefe, einen davon findet die Familie wenige Meter vor dem Schlafzimmer der Eltern auf dem Landgut Gyllingnæs. Der Erpresser droht der Familie mit dem Tod, es sei denn, sie würden ihm Millionen von Dänischen Kro-

nen überweisen. Er unterzeichnet seine Briefe mit dem Kürzel R.H. – Robin Hood.

In den folgenden zehn Monaten eskalieren die Drohungen, bevor am 28. Oktober 1998 ein ehemaliger Soldat von der Polizei gefasst wird. Im Gepäck hatte er einen Elektroschocker, eine Gaspistole, Klebeband sowie einen Kanister Benzin. Sein Ziel: das Landgut Gyllingnæs.

Nur fünf Jahre später wollen indische Kriminelle die beiden Söhne entführen. Stattdessen kidnappen sie aus Versehen den Sohn eines führenden Managers der Bestseller Group. Der junge Mann kann befreit werden, wahrscheinlich nur dank Troels Holch Povsens Kontakten zum indischen Establishment, die er seit seinem ersten Besuch in Kalkutta Ende der 70er-Jahre hegt und pflegt.

Diese beiden dramatischen Episoden – da sind sich die wenigen Journalisten, die sich eingehend mit der Povlsen-Familie auseinandergesetzt haben, einig – haben dazu geführt, dass sich die Holch Povsens noch mehr aus der Öffentlichkeit zurückziehen. Heute geben sie kaum noch Interviews. Ein Porträt über Anders Holch Povlsen, das im Mai 2021 in der dänischen Tageszeitung *Politiken* erschien, trug den Titel «Der scheue Milliardär».

Diese Verschlossenheit überträgt die Familie auch auf ihre Unternehmensstruktur. Aus dem einfachen Geschäft mit Sommerkleidern an der Westküste Dänemarks ist ein opakes Netz aus Briefkastenfirmen und Holdings gewuchert, das es der Öffentlichkeit erschwert, die dahinter versteckten Geldströme zu verstehen.

Die Briefkästen

Der dänische Journalist Søren Jakobsen spricht von einer systematischen Geheimhaltung, durch die «niemand in der Öffentlichkeit die Inhalte, Einnahmen und Steuerzahlungen durchschauen kann». Einerseits bedient sich die Familie dazu ausgeklügelter Tricks. Aber auch sehr simplen: Es gehört zu den Eigenheiten des Firmenimperiums, dass die Povsens viele der Aktien- und Holdinggesellschaften, auf die sie ihr Familienvermögen verteilen, nach wichtigen Daten benannt sind. Zahlenreihen, die man sich nur schwer merken und schlecht auseinanderhalten kann.

Obwohl die Kleidermarken der Bestseller Group Anfang der 2000er-Jahre die Einkaufsstrassen der grossen europäischen Metropolen säumen, weiss kaum jemand, dass dahinter eine dänische Firma mit dem kryptischen Namen «Aktiengesellschaft vom 25.3.1983» steht.

Der Methode bedient man sich auch, als der Generationenwechsel eingeleitet wird. In Anders Holch Povlsen, der älteste Sohn und auserwählte Kronprinz des Modeimperiums, im Januar 1994 im Alter von 22 Jahren zum CEO der Kleidermarke Vila wird, benennt sein Vater die Firma kurzerhand in «Aktiengesellschaft vom 4.1.1994» um.

Als Anders 28 Jahre alt ist, folgt der nächste grosse Schritt: Durch eine Aufspaltung der «Aktiengesellschaft vom 25.3.1983» geht die Bestseller Group von Troels Holch Povlsen an seinen Sohn Anders über. Das Geschenk hat aber einen Haken: Seine Eltern übergeben ihm zwar die Firma, behalten aber vorerst genug Aktien, um ihn weiter überstimmen zu können. Anders Holch Povlsen wird also zum Multimillionär in Ausbildung.

Noch wichtiger: Die Eltern behalten das lukrative Chinageschäft der Bestseller Group ganz in ihren Händen. Diese Firma – Bestseller Fashion Group China Limited – hat sich seit 1996, als Troels Holch Povlsen sie mit zwei weiteren Dänischen Geschäftspartnern eröffnete, rasant entwickelt (Troels Holch Povlsen hält 50 Prozent der Aktien, seine Geschäftspartner je 25 Prozent). So rasant, dass die beiden Geschäftspartner 2012 auf einer chinesischen Liste der reichsten Ausländer mit einem Vermögen von umgerechnet 800 Millionen Franken aufgeführt werden.

Die innerfamiliäre Stabsübergabe ist also erst wirklich erfolgt, wenn Anders den Schlüssel zu dieser Goldmine in den Händen hält.

Genau das geschieht im Jahr 2010, und es geschieht in Schaffhausen. Auch hier tun die Povsens das, was sie so gerne tun: Komplizierte Firmenkonstrukte bauen. Am 19. Mai 2010 wird die Holch Povlsen Schweiz G vorerst in Zürich gegründet, nur um sie einen Monat später nach Schaffhausen zu verlegen. Wiederum einen Monat später wird die noch junge Firma bereits wieder gespalten: einmal in die 1.8.1996 G – benannt nach dem Datum, als die beiden Geschäftspartner von Troels Holch Povlsen in China ankamen –, einmal in die Holch Povlsen Schweiz G. Im Spaltungsplan, welcher der Z vorliegt, wird ersichtlich, dass die Holding in einen Briefkasten, der alle Immobilienbeteiligungen hält, und in einen, der alle Beteiligungen am Modegeschäft besitzt, gespalten wird. Wir nennen die beiden Firmen deswegen einfachheitshalber «Mode-Briefkasten» und «Immobilien-Briefkasten».

Zwar bleibt Troels Holch Povlsen bei beiden Schaffhauser Briefkästen alleinaktionär. Aber lediglich auf dem Papier und nur für kurze Zeit. Einen Tag nach der Spaltung in Schaffhausen wird in Dänemark eine Holding eingetragen, die prompt alle

kien des Mode-Briefkastens übernimmt. Ihr neuer Besitzer: Anders Holch Povlsen. Sein Vater behält währenddessen das Immobiliengeschäft für sich. Die beiden Briefkästen von Vater und Sohn befinden sich bis heute an der selben Adresse.

Gemeinsam haben die beiden Schaffhauser Firmen auch, dass sie sehr reich sind: Während der Immobilien-Briefkasten Beteiligungen im Wert von 176 Millionen übernimmt, erhält der Mode-Briefkasten Beteiligungen im Wert von über 294 Millionen Franken. Die wertvollsten davon: 50 Prozent Anteil an der Bestseller Fashion Group China Limited – dem hochprofitablen Chinageschäft. Ausserdem besitzt hält der Mode-Briefkasten auch Anteile an weiteren Unternehmen in den Niederlanden, der Schweiz und in Singapur – Platz 4, 5 und 9 auf der Rangliste der Steueroasen der NGO Tax Justice Network.

Fazit dieses treuhänderischen Hütchenspiels: Mit nur einer Spaltung schenken Troels und Merete Holch Povlsen ihrem Sohn 294 Millionen Franken, und wichtiger, die Schlüssel zum Chinageschäft.

Wahrscheinlich ganz ohne Steuern: Das Verschieben von Vermögen durch eine Holdingspaltung an die nächste Generation ist in der Schweiz grundsätzlich steuerfrei. Die Z hat dem Anwalt, der die Spaltung für eine grosse Rechtskanzlei begleitet hat und bei beiden Firmen bis heute im Verwaltungsrat sitzt, Anfang Woche eine Gesprächsanfrage geschickt. Doch er lehnte ab, er könne «so kurzfristig nicht telefonieren». Die schriftliche Frage blieb bis Redaktionsschluss unbeantwortet.

Der Schaffhauser Briefkasten macht Sohn Anders Holch Povlsen auf einen Schlag sehr reich und dann noch viel reicher: 2016 berichtet die dänische Wirtschaftszeitung *Finans*, dass der Schaffhauser Briefkasten im Jahr zuvor umgerechnet rund 190 Millionen Franken Gewinn erzielte. Das ist doppelt so viel wie der gesamte Rest des Firmennetzwerks. Mit Blick auf die komplizierte Firmenstruktur in Schaffhausen bilanzierten die dänischen Journalisten damals: «Dies könnte darauf hindeuten, dass Anders Holch Povlsen die chinesischen Anteile seines Vaters übernommen hat, was jedoch nicht überprüft werden kann.» Die Recherche der Z kann diese Vermutung nun bestätigen.

Das System dahinter funktioniert vereinfacht so: Im Chinageschäft fallen Gewinne an, die als Dividenden zuerst an die Holding in Hong Kong und anschliessend in den Mode-Briefkasten in Schaffhausen fliessen. In der Schweiz unterliegen diese Dividenden zwar den – im internationalen Vergleich sehr tiefen – Unternehmenssteuern, können aber bis auf fünf Prozent weiter reduziert werden. Danach schüttet die Firma Geld nach Dänemark aus.

Nachhand der Unterlagen des dänischen Handelsregisters lässt sich ausrechnen, wie viel Geld dort seit 2015 durch den Schweizer Durchlauferhitzer in die Taschen von Anders Holch Povlsen geflossen ist: über 610 Millionen Schweizer Franken. Würde man das in 100-Franken-Noten sauber bündeln, man bräuchte rund 277 Briefkästen, um das ganze Geld darin zu stapeln.

Troels und Merete Holch Povlsen
schenken ihrem Sohn 294
Millionen und das Chinageschäft –
wahrscheinlich steuerfrei.

Der Schaffhauser Briefkasten
erzielte 2015 doppelt so viel
Gewinn wie der gesamte Rest des
Firmennetzwerks.

Heute ist Anders Holch Povlsen der reichste Däne. Sein Vermögen wird von Forbes auf 6.9 Milliarden Dollar geschätzt. Er ist neben seinem eigenen Modekonzern auch als Grossaktionär an den Onlinehändlern Zalando und H&M beteiligt. Und er ist auch der grösste Grundbesitzer in Schottland: Er besitzt mehr Land als der König und die Church of England zusammen.

Während sein Sohn Anders Multimilliardär wurde, hat sich der Vater Troels seinem eigentlichen Interesse widmen können: historische Gebäude aufkaufen und restaurieren. Es ist so etwas wie ein Pensionsprojekt.

Die Verschwiegenheit

Zwar läuft der grösste Teil von Troels Holch Povlsens neuem Firmenimperium über eine dänische Muttergesellschaft, doch einige Bereiche – Immobilien an bester Lage sowie eine Investmentfirma – gehören dem zweiten Briefkasten, der aus der Spaltung 2010 hervorgegangen ist – dem Immobilien-Briefkasten. In London etwa besitzt der Briefkasten ein Gebäude an bester Lage im Stadtteil Mayfair. In der Stadt Bath – ein beschaulicher Kurort im Südwesten von England – besitzt die Firma zwei schöne klassizistische Bauten. In den vergangenen fünf Jahren erzielte die Immobilienfirma gemäss Finanzberichten aus dem britischen Handelsregister einen Gewinn von umgerechnet 21,5 Millionen Franken.

Wie viel davon nach Schaffhausen fliesst, ist unklar: Die Schweizer Muttergesellschaft ist in der Schweiz im Gegensatz zu Dänemark und Grossbritannien nicht verpflichtet, ihren Finanzbericht zu veröffentlichen.

Überhaupt gibt man sich in der Schweiz lieber bedeckt. Viele Treuhänder und Steuerexperten, die die Z für diese Recherche kontaktiert hat, wollten lieber keine Auskunft geben. Die, die trotzdem sprachen, taten dies nur anonym. In der

Schweiz gibt es zudem kein Register für wirtschaftlich Berechtigte von Unternehmen – Angaben darüber, wem die Firma effektiv gehört –, was international eigentlich zum Standard gehört. Diese Reportingpflichten sind für die Unternehmen aufwendig und kostspielig, für die Öffentlichkeit aber zentral. Dass hinter den beiden

Schaffhauser Briefkästen ein dänischer Modekonzern steckt, erfährt man nur im dänischen Handelsregister.

Für Konzerne und Familien wie die Povlsens sind das alles Standortvorteile: Neben tiefen Steuern finden sie hier genau das, was sie am zweithöchsten gewichten: Verschwiegenheit.

Dieser Text entstand mit finanzieller Unterstützung des Z-Recherchefonds «Verein zur Demontage im Kaff». Der Fonds fördert kritischen, unabhängigen Lokaljournalismus in der Region Schaffhausen, insbesondere investigative Recherchen der Schaffhauser Z. Spenden an den Recherchefonds: IB N CH14 0839 0036 8361 1000 0



FRONTERA ENERGY UND ECOPETROL
GRABENSTRASSE 15

Schmierige Geschäfte

Der einzige Zweck von Briefkastenfirma ist die Steueroptimierung. In Schaffhausen bietet man die Unternehmung an, um ihre Gewinne zu maximieren. Gleichzeitig werden im Ausland Menschen und Umwelt systematisch ausgebeutet, wie sich am Beispiel von «Frotera Energy» zeigt.

Romina Loliva

Die grosse Fensterfront der Spitalstrasse 5 in Schaffhausen ist wie ein riesiger Spiegel. Das Obertor, die Dächer der Neustadt, das Bleiche-Areal: Schaffhausen glänzt in der Sonne. Auf der Bahngleise kommen Züge im Minutentakt an, Leute steigen ein und aus, das Smartphone in der Hand, der nächste Termin im Kopf, das verdiente Feierabendbier, das Abendessen. Was sich hinter dem Glas abspielt, interessiert niemanden.

Auf dem Campo Rubiales, bei Puerto Gaitá in Kolumbien, spiegelt sich an sonnigen Tagen das ganze Leben in riesigen Pools. Sie sind voller Erdöl, scheitern glasglänzend und still. Im Hintergrund erheben sich gewaltige rußige Wälder aus dem Bo-

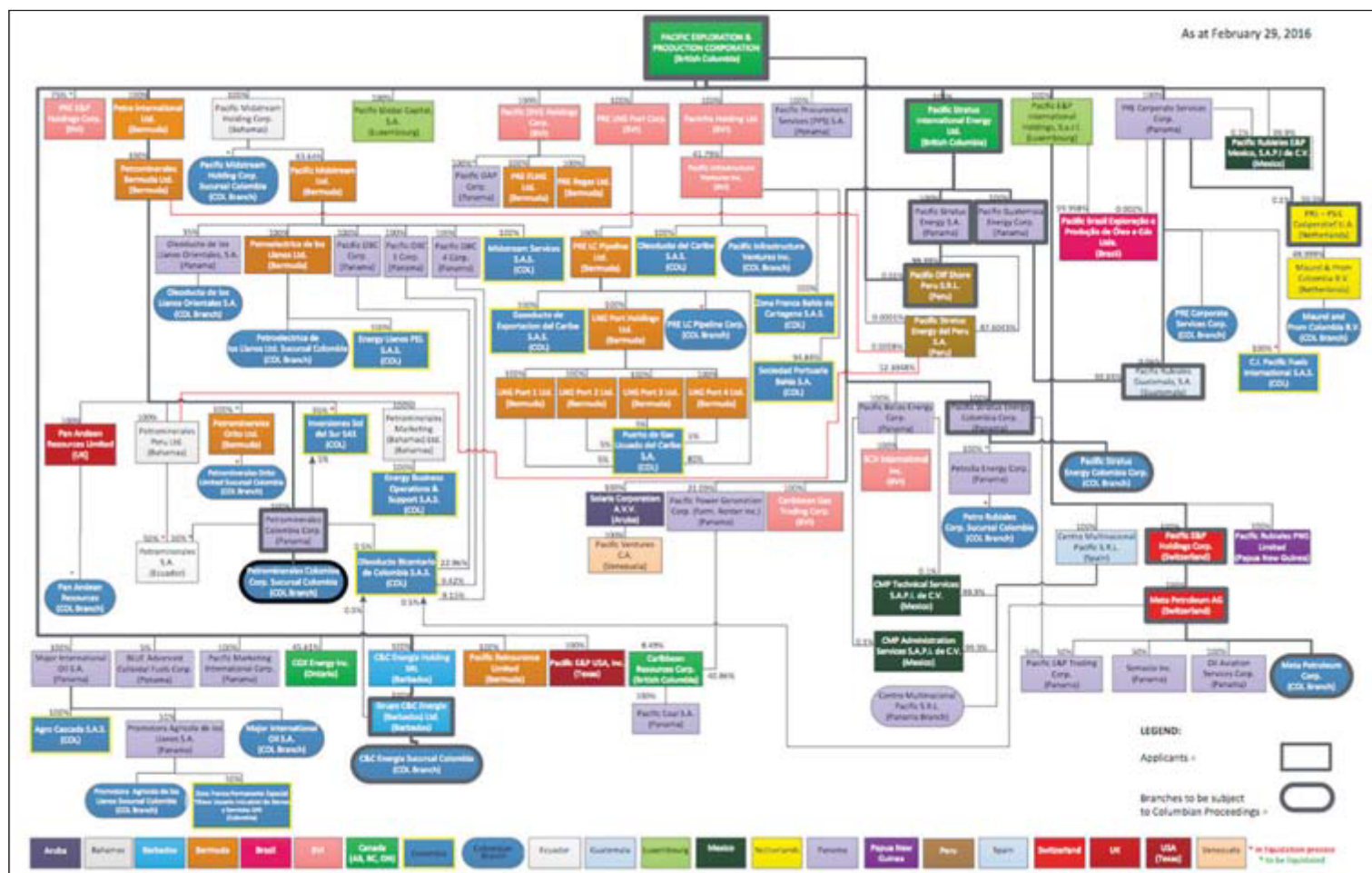
den, Bohrtürme ragen in den Himmel. Die Arbeiter, die die Pumpen bedienen, tragen abgewetzte Westen, das Öl klebt ihnen an der Haut, in der Nase, in den Augen. Ihr Wasser ist verseucht. Unter den Füßen bebzt die Erde, wegen der Bohrungen.

Schwere Arbeit, hohe Gewinne

65 Prozent der Einwohner in und um Puerto Gaitá leben in Armut. In der lärmigen Gegend rund um das Ölfeld steigt die Quote auf über 80 Prozent. Sie haben fast keinen Zugang zum Gesundheitswesen und zu Schulen, keine Arbeit für die Ölförderer gibt es nur die Prostitution. Die Hälfte der Bevölkerung befindet sich in einer Lebenssituation, die sich mit dem Öl-Geschäft verschlechtert. Ihre Verdienste sind gering, 90 Prozent der Arbeiter verdienen über Subunter-

nehmungen gestellt, um die Löhne noch tiefer zu halten. Wer sich der Gewerkschaft anschliesst, fürchtet um Leib und Leben. Proteste werden im Keim erstickt, Gewerkschaftsaktivisten werden ermordet aufgefunden. Paramilitärische Organisationen patrouillieren Tag und Nacht auf dem Gelände. Vom Geld, das sich mit dem Öl-Geschäft machen lässt, haben die «petroleros» nichts. Dass es ins Ausland fließt, ahnen sie vielleicht, dass Länder wie die Schweiz, Orte wie Schaffhausen, davon profitieren, wissen sie nicht.

Die Raffinerie gehört dem kanadischen Konzern «Frotera Energy», der bis vor wenigen Monaten weltweit als «Pacific E&P» bekannt war und als wichtigster Rohstoffproduzent in Kolumbien und Peru gilt. Der Konzern förderte im letzten Quartal rund 70'000 Barrel pro Tag und



Etliche Tochterfirmen in Steuerparadiesen: Der Konzern «Pacific E&P».

Grafik: pwc / Fotos Seite 4: Peter Pfister und Colprensa

setzte somit um die 300 Millionen US-Dollar um, davon wies er rund 90 Millionen an Gewinnausschüttungen, auf das Jahr gerechnet mehr als 350 Millionen. Die Gewinne werden zur Steueroptimierung über Tochtergesellschaften überall auf der Welt herumgeschoben. Bermuda, Barbados, Panama, Bahamas, Luxemburg, die Schweiz: «Frotera» besass 2016 etliche Firmen in allen Steuerparadiesen.

Steueroptimierung

In Schaffhausen waren zwischen 2012 und heute fünf davon eingetragene. Aus Südamerika und das Öl erwarb er unter ihrer Namen: «Meta Petroleum AG», «Rubiales Holdings AG», «Petromiérales AG», «Groupo C&C Energía AG», «Pacific Stratus AG». Sie sind alle an der Spitalstrasse 5 domiziliert und teilen sich eine Briefkiste. Am Telefon ist niemand erreichbar.

Im Verwaltungsrat sitzen immer die gleichen drei Personen. Zwei von ihnen leben in der Schweiz – im Kanton Zug und im Kanton Zürich – der Präsident ist immer Peter Volk, kolumbianischer Staatsbürger und Mitglied der Konzernleitung von «Frotera Energía».

Die Firma sind zum grössten Teil bloss theoretische Konstrukte. Die Statusgesellschaften bezwecken «die Exploration, Produktion, Entwicklung, Vermarktung und Transport von fossilen Brennstoffen» und wahre die Interessen ihrer Mutter- oder Tochtergesellschaften, «indem sie diese direkt oder indirekt, teils öffentlich oder unter teils öffentlich finanzieller Unterstützung gewährleisten».

«Petromiérales» mit einem Aktienkapital von 100'000 Franken und «C&C Energía» mit 30 Millionen existierten ursprünglich in Montevideo. «Rubiales Holdings» mit 37,5 Millionen Aktienkapital wurde wie die ersten beiden in die «Meta Petroleum AG» überführt, die als einzige gemäss Ha-

delsregister mehr als 20 Mitarbeiter beschäftigt. Weiter aktiv ist auch «Pacific Stratus» mit 420 Millionen Franken Aktienkapital.

Dass «Frotera» ein Teil ihrer Tochtergesellschaften in die Schweiz verschoben hat und hier Kapital verwaltet, ist eine Strategie. Recherche der «az» zeigt, wie die sogenannte «Swiss Migration» als Optimierungsmassnahme umge-

profitieren können und darum beschlossen, Gesellschaften von Panama in die Schweiz zu transferieren. Warum gerade Schaffhausen als Steuerdomizil ausgewählt wurde, bleibt unklar.

Handelt es sich um eine Ansiedlung der Wirtschaftsförderung des Kantons, verbunden mit Steuerbegünstigungen? Obwohl man dort immer wieder betonen will, keine Briefkastenfirmen anlocken zu wollen? Auch diese Frage bleibt offen. Petra Roost, Leiterin Kommunikation der Wirtschaftsförderung, antwortet mit einer Standardformulierung: «Schaffhausen ist ein attraktiver Wirtschaftsstandort.» Der nahe Flughafen, kurze und schnelle Entscheidungswege und der attraktive Kostenmix seien überzeugend, meint sie weiter.

Die Wirtschaftsförderung habe die Aufgabe, Unternehmen bei der Ansiedlung zu beraten und zu begleiten: «Dies tun wir mit Erfolg. Mit welcher Firma wir im Rahmen ihrer Ansiedlung in Kontakt stehen, können wir aus Gründen der Vertraulichkeit nicht sagen.»

Ausbeutung mit System

Was für die Firma und für die Schweiz vorteilhaft ist, verschärft die Situation in der Produktion zusätzlich. Die ehemalige «Pacific E&P» wurde zwar vermehrt wegen Verletzungen der Menschenrechte von NGOs und Gewerkschaften öffentlich kritisiert, der Öl-Konzern lässt sich dennoch widerwillig auf Verhandlungen ein und brüstet sich lieber mit Nachhaltigkeitsauszeichnungen und Preisen. Die Rechtsstreitigkeiten mit der Behörde über territoriale Ansprüche, Korruption und Steuerhinterziehung werden mit Vergleichen beigelegt, die Verantwortung für die miserable Arbeitsbedingung auf die Subunternehmer abgeschoben. Die Ausbeutung wird systematisch optimiert – genau wie die Steuer.

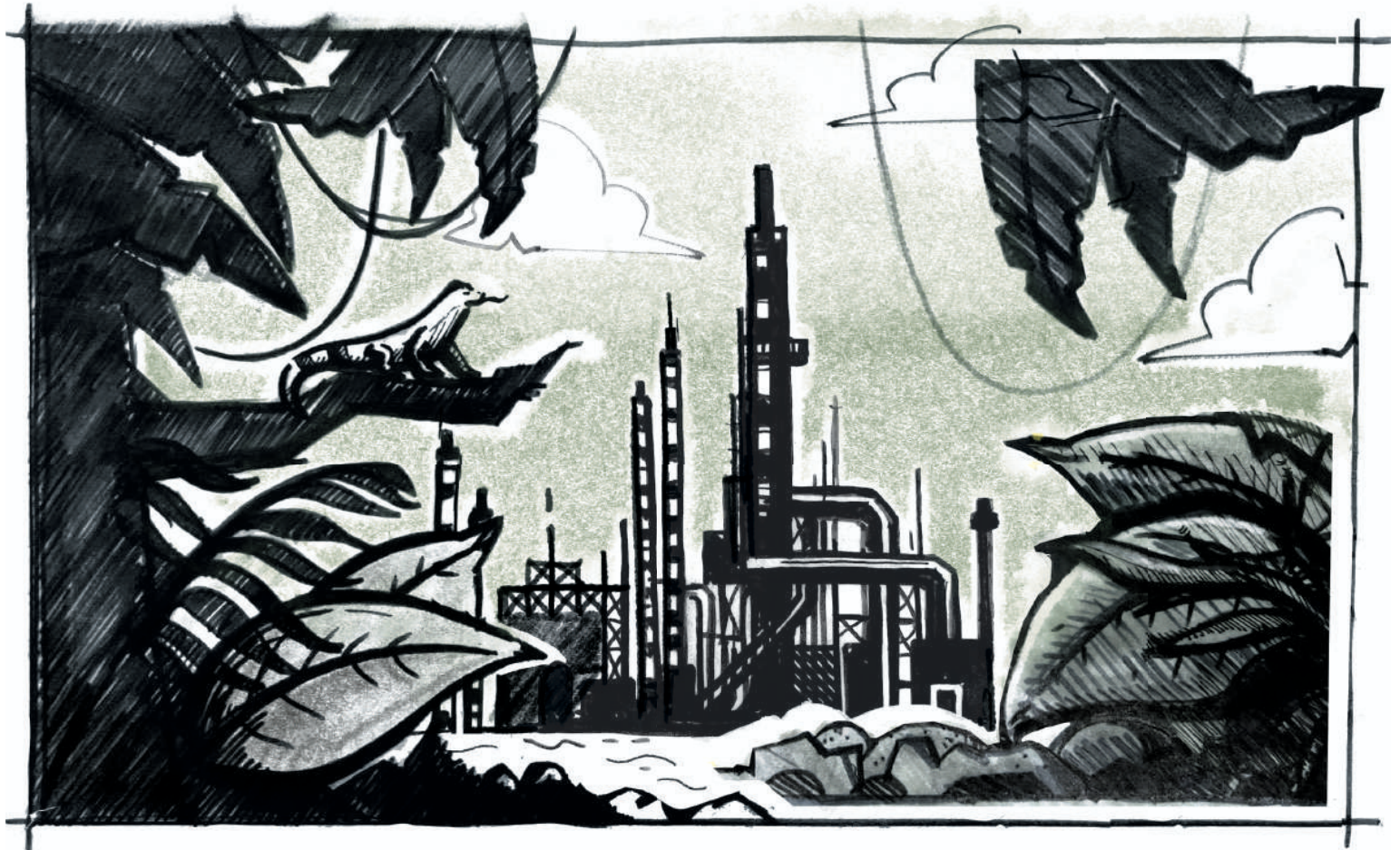
Davon merkt man an der Spitalstrasse nichts.



Tiefe Steuern in Schaffhausen, heftige Proteste in Kolumbien.



setzt wurde. Das Unternehmen führt seine Geschäfte direkt und indirekt über eine Reihe von Tochtergesellschaften durch, um die Steuereffizienz zu maximieren. Im Jahr 2012 hat der Konzern von begünstigten dem Investitionsschutz



Die Spur der Pesos

STEUERPARADIES R DIES Erdöl, Korruption und ein Briefkasten: Wie Schaffhausen vom grössten Wirtschaftsskandal der Geschichte Kolumbiens profitiert.

**Simon Muster, Mattias Greuter (Text)
und Mattia Mastroianni (Illustrationen)**

Wie ein Meteorit, der aus dem Himmel stürzt, zoomt das Bild des kolumbianischen Staatsfernsehens via Google Earth zuerst auf Westeuropa, dann weiter auf die Schweiz und bleibt schliesslich in Schaffhausen stehen, an der Adresse eines Treuhandbüros. Hier, erklärt der südamerikanische Journalist in den Sendungen vom 21. März 2017, «in dieser kleinen Schweizer Stadt mit wenig Bankenaktivität», sitze jene Firma, welche eine Schlüsselrolle in einem milliardenschweren Korruptionsfall spiele: die Ecopetrol Capital Group. Eine Gaunerbande sei das, ¡qué hampones!, kommentiert ein kolumbianischer Journalist die Recherche auf Twitter: «Der Schlüssel zum Raub von Reficar liegt in der Schweiz, in Schaffhausen.»

In Kolumbien steht die Öl-Raffinerie Reficar für den grössten Korruptionsskandal in der Geschichte des Landes. Dieser

hat den Staat mehr als vier Milliarden Dollar gekostet. Behörden, NGOs und die Presse sind bis heute mit der Aufarbeitung beschäftigt.

In der Schweiz hingegen bleibt der Fall praktisch unbeachtet. Dabei stand am Anfang des Debakels der Zuger Rohstoffgigant Glencore. Und: Das Geld für das Raffinerieprojekt, bei dem Unsummen in der Korruption versickert sind, floss durch eine Briefkastenfirma in Schaffhausen.

Der Schaffhauser Fiskus profitiert bis heute vom kolumbianischen Skandal, heute noch fliessen jährlich Millionen von Franken in die Kassen von Stadt, Kanton und Bund.

Die AZ hat Finanzberichte und Steuerreports analysiert, mit Expertinnen in der Schweiz und in Kolumbien gesprochen und den Mann konfrontiert, der die Briefkastenfirma in Schaffhausen bis heute führt: die Ecopetrol Capital Group.

La refinería

Ecopetrol, so heisst der mehrheitlich staatliche Ölkonzern von Kolumbien. Mit einem Umsatz von 17,4 Milliarden Franken (2021) ist Ecopetrol Kolumbiens grösstes Unternehmen. Auf der Website dominieren Regenwaldlandschaften, das Logo des Konzerns ist ein grüner Leguan.

Zwischen 2010 und 2016 realisierte Ecopetrol das ehrgeizigste Industrieprojekt in der Geschichte des Landes: die

Modernisierung und Vergrößerung der wichtigsten Raffinerie Kolumbiens, der Refinería de Cartagena – kurz Reficar. Die Kapazität des gigantischen Industriekomplexes im Norden des Landes sollte auf 165 000 Fässer Öl pro Tag mehr als verdoppelt werden. Kostenpunkt des Projekts: 3,3 Milliarden Dollar.

51 Prozent von Reficar gehörten dem Schweizer Rohstoffkonzern Glencore. Dieser sicherte sich 2007 in einem Bieterverfahren die Mehrheitsbeteiligung an Reficar – mit einem Betrag, der verdächtig nahe am angeblich geheim gehaltenen Minimalgebot des kolumbianischen Staats lag.

Ein Jahr später holte Glencore eine amerikanische Baufirma an Bord und schloss mit ihr Verträge für Planung, Beschaffung und Bau des Grossprojekts Reficar ab. «Das war eine bemerkenswerte Entscheidung, weil weder die Baufirma noch Glencore je eine Raffinerie gebaut oder geleitet hatten», sagt die Politologin und kritische Beobachterin des kolumbianischen Ölsektors, Katherine Casas gegenüber der *NZZ*.

2009, inmitten einer Finanzkrise, stieg Glencore überraschend aus dem Projekt aus und verkaufte seine Anteile mit Verlust zurück an Ecopetrol. Ein Vorgehen, das bis heute umstritten ist. Ecopetrol hingegen blieb auf den Verträgen mit der Baufirma sitzen – ein Umstand, der sich nur wenige Jahre später rächen sollte.

Elba co

Im Dezember 2010 gründet Ecopetrol in Zürich seine eigene Bank innerhalb des Konzerns: die Ecopetrol Capital AG. Kurz darauf wird diese nach Schaffhausen verlegt. Über die günstige Besteuerung gibt es bis heute gute und regelmässige Kontakte mit der Schaffhauser Steuerverwaltung. Das verrät der *NZZ* der Gründer der Firma, ein Mann namens Leonz Meyer – mehr zu ihm gleich.

In der Grabenstrasse, wo die Ecopetrol Capital AG domiziliert ist, gibt es keine Angestellten – sie ist eine klassische Briefkastenfirma. Trotzdem ist sie für den milliarden schweren kolumbianischen Ölkonzern Ecopetrol eine wichtige Finanzdrehscheibe. Dies aus zwei Gründen: Einerseits ist Schaffhausen ein Steuerparadies. Ecopetrol, das zeigten die Paradise Papers, betreibt ein ganzes Netzwerk von Steuerdomizilen: in Panama, auf den Cayman Islands, auf Bermuda – und in Schaffhausen.

Andererseits kennt Kolumbien, um den Drogenhandel zu bekämpfen, strenge Gesetze, welche das Verschieben von Geld über Landesgrenzen hinweg erschweren. Für Ecopetrol, die Tochterfirmen in Peru, den Vereinigten Staaten oder der Schweiz besitzen, ist das aber ein Problem: Eine konzerninterne Bank wie der Briefkasten in Schaffhausen ermöglicht es, schnell und unkompliziert Geld von einem Firmenteil zum nächsten zu verschieben.

Das funktioniert folgendermassen: Ecopetrol investiert Geld aus erfolgreichen Unternehmensteilen in Form von Darlehen an den Briefkasten in Schaffhausen. Dieser wiederum vergibt Kredite mit etwas höherem Zins an andere Tochterfirmen, vor allem an die Reficar, die damit die gigantische Raffinerie ausbaut (siehe Grafik auf Seite 13). Der Gewinn der Ecopetrol Capital AG besteht aus der Differenz der Zinsen.

In den vergangenen zehn Jahren wechselte die Firma innerhalb von Schaffhausen mehrmals die Adresse, vom Briefkasten einer Treuhandfirma zum nächsten, auffällig oft wechselte sie

auch die Revisionsstelle. Im Verwaltungsrat ist nur ein Mann seit dem ersten Tag mit an Bord: Dr. Leonz Meyer, Anwalt im Kanton Basel-Landschaft, Honorarkonsul für die Republik Slowakei in der Schweiz und Verwaltungsratspräsident der Ecopetrol Capital AG und einiger weiterer Konzerne. Daneben hat er eine Firma mit aufgebaut, die Schweizer Verwaltungsräte an internationale Unternehmen vermittelt. Hätte das Briefkasten-Steuerparadies Schweiz ein Gesicht, es wäre das von Leonz Meyer.

Wie Meyer die Schaffhauser Briefkastenfirma führt, zeigt beispielhaft das Protokoll einer ausserordentlichen Generalversammlung der Ecopetrol Capital AG, das beim Schaffhauser Handelsregisteramt hinterlegt ist und das der *NZZ* vorliegt.

Am 29. Februar 2012 empfängt im Notariat Zürich Altstadt eine Mitarbeiterin die Ecopetrol Capital AG. Diese ist durch eine einzige Person vertreten: Leonz Meyer.

Dieser «übernimmt den Vorsitz und amtiert gleichzeitig auch als Protokollführer und Stimmenzähler». Er stellt fest, dass er allein das Aktienkapital von 100 000 Franken vertritt und die anderen Verwaltungsratsmitglieder –

Männer und Frauen aus der Ecopetrol-Chefetage im fernen Bogotá – auf Entschädigungen verzichten. «Gegen diese Feststellungen des Vorsitzenden wird kein Widerspruch erhoben», steht im Protokoll. Nun wird «einstimmig» beschlossen, das Aktienkapital um 115 Millionen Franken zu erhöhen. Meyer legt der Versammlung, also sich selber, ein Schreiben der Credit Suisse vor, das besagt, dass das Geld, insgesamt 130 Millionen Dollar, bereits eingetroffen sei. Dann schliesst Meyer die Sitzung, die Notariatsmitarbeitende zückt den Stempel.

Zweieinhalb Jahre später wiederholt sich die Szene, dieses Mal erhöht Leonz Meyer das Aktienkapital um weitere 85 Millionen Franken.

«Der ultimative Korruptionsfall»

Wochenzeitung VOZ, Bogotá



Viel höher als das Eigenkapital sind die Kredite, welche die Ecopetrol Capital AG vergab. Für die Erweiterung der Raffinerie flossen zwischen 2011 und 2014 Kredite in der Höhe von 2,2 Milliarden Dollar durch den Briefkasten in Schaffhausen – eine schwer vorstellbare Summe. Würde man sie in 100-Franken-Noten sauber bündeln, man bräuchte fast 1000 Briefkästen handelsüblicher Grösse, um das ganze Geld darin zu stapeln.

Ein Briefkasten ohne eingestellte, durch den Milliarden fliessen – das klingt undurchsichtig, ist aber legal. Weil die Kosten des Raffinerieprojekts, das mit Milliarden von Schaffhausen aus finanziert worden waren, aus dem Ruder liefen, beschäftigten sich jedoch bald kolumbianische Finanzbehörden mit der Ecopetrol Capital AG in Schaffhausen.

La corrupción

Im Grunde haben die eingestellten im Büro des obersten kolumbianischen Rechnungsprüfers einen langweiligen Job: Sie überprüfen, ob sich der Staat und seine Konzerne an geltendes Recht halten. Dafür wühlen sie sich durch unzählige Excel-Tabellen, analysieren Rechnungsabschlüsse, sammeln Daten.

2015 war Reficar an der Reihe, die Raffinerie, die sich nach dem Austritt von Glencore vollständig im Besitz der kolumbianischen Ecopetrol befand. Die Rechnungsprüfer hatten gute Gründe, misstrauisch zu sein, denn immer wieder waren Kostenüberschreitungen bekannt geworden.

Nun aber entdeckten die Rechnungsprüfer einen gigantischen Korruptionsberg: Die Modernisierung der Raffinerie, die

einst auf rund 3,3 Milliarden US-Dollar veranschlagt worden war, hatte inzwischen eine Rechnung von über acht Milliarden angehäuft. Über vier Milliarden US-Dollar waren innerhalb von zehn Jahren verpufft, ein Grossteil davon auf sehr dubiose Weise.

Es sei der ultimative Korruptionsfall, titelte die linke Wochenzeitung *Voz*, es sei der grösste Korruptionsskandal in der Geschichte des Landes, titelte die liberale Tageszeitung *El Espectador*.

Wie konnte das passieren?

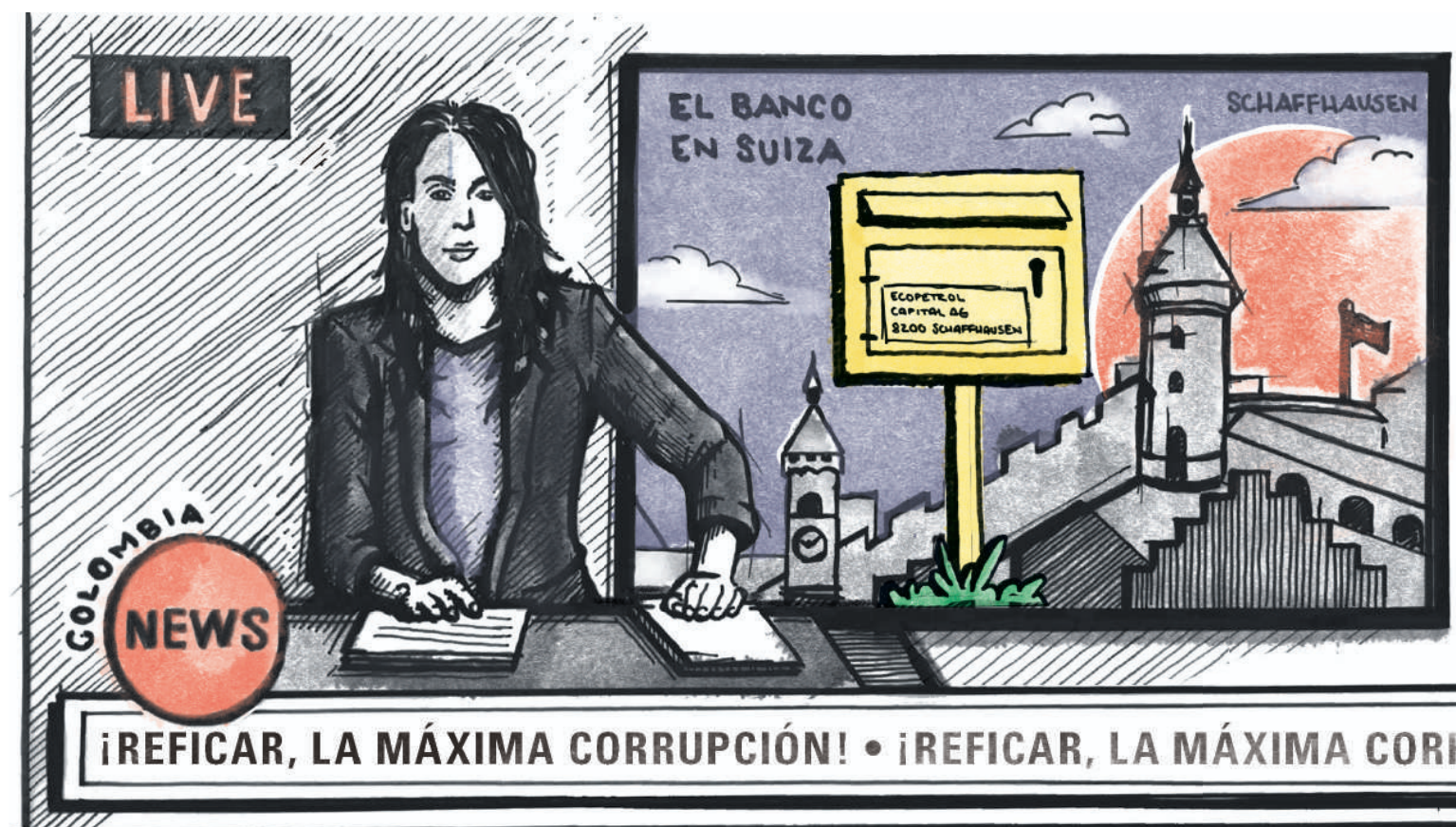
Für den Bau der Raffinerie vergab die verantwortliche Baufirma rund 2500 Aufträge. Jeder fünfte davon kostete schliesslich mehr als das Doppelte des vereinbarten Preises. Die Rechnungsprüfer entdeckten gar Fälle mit Kostenüberschreitungen von bis zu 2000 Prozent. Fast eine Milliarde Dollar der Mehrkosten standen gemäss einem Bericht der Antikorruptions-Taskforce «in keinsten Weise» im Zusammenhang mit dem eigentlichen Projekt.

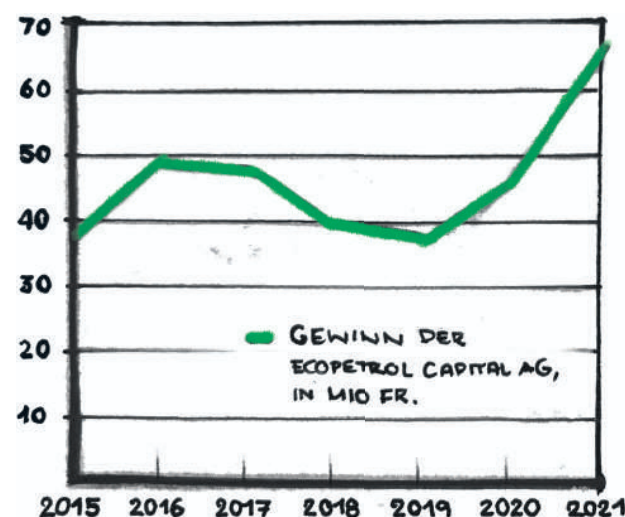
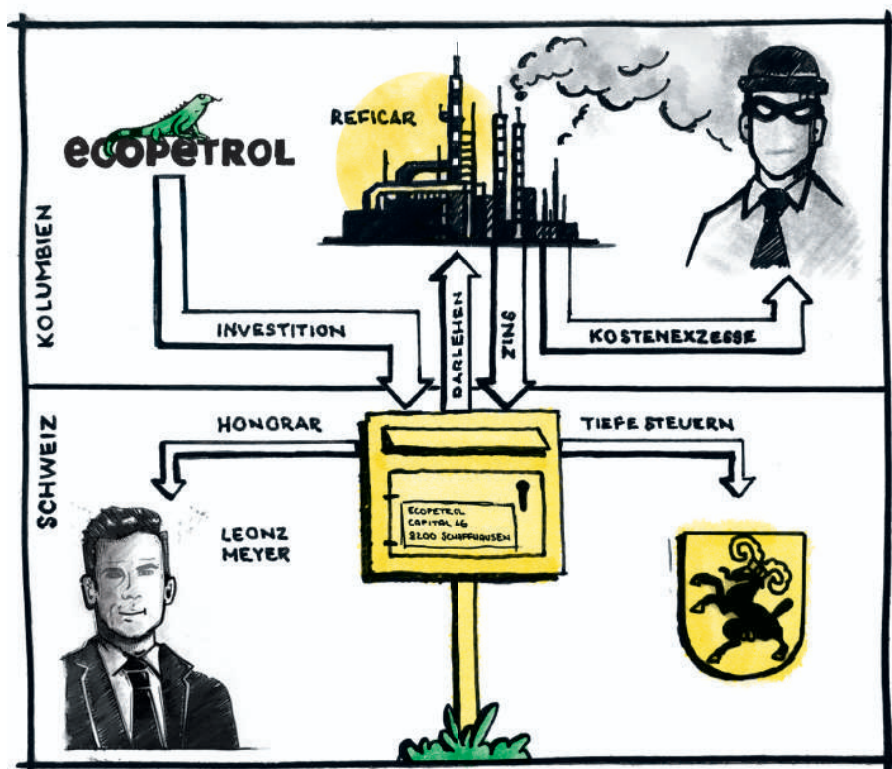
2019 zeigte sich, dass die Staatsanwaltschaft zudem auf üppige Ausgaben für Flugtickets, Luxusrestaurants, Alkohol und mehrtägige «Partys mit Frauen» im Wert von rund 150 Millionen Dollar gestossen war. Allein 16 Millionen flossen in die Prostitution. Gemäss einem Journalisten von Columbia Reports handelte es sich um «die grösste Ausgabenorgie seit dem Bau des Privatzoos von Pablo Escobar in den 1980er Jahren». Im August 2022 wurden zwei ehemalige Präsidenten von Reficar erstinstanzlich zu fünf Jahren und vier Monaten Gefängnis verurteilt.

Das Geld ist weg, die Schulden bleiben. Der «gigantische Schuldenberg», den das Projekt hinterlassen habe, werde die kolumbianische Gesellschaft bis 2046 abbezahlen müssen, sagt

«Die grösste Ausgabenorgie seit dem Bau des Privatzoos von Pablo Escobar»

Columbia Reports





Links: Die Investitionen für die Raffinerie Reficar flossen durch die Schaffhauser Briefkaste. Diese schreibt hohe Gewinne (oben) aus dem Zins. Der Schaffhauser Fiskus profitiert bis heute der Schuld, welche die exorbitante Kostenüberschreitung auslöste.

die Politologin Katherine Casas gegenüber der AZ. Ein Grossteil dieser Schuld ist bei der Bank in Schaffhausen fällig und stammt aus den erwähnten Darlehen der Ecopetrol Capital AG an Reficar im Wert von 2,2 Milliarden US-Dollar. Heute schuldet die Raffinerie in Cartagena dem Briefkasten in Schaffhausen noch rund 1,7 Milliarden US-Dollar.

Im Oktober 2021 wurde amtlich konstatiert, dass mit der Reficar-Vizepräsidentin Magda Nancy Manosalva auch eine ehemalige Verwaltungsrätin der Schaffhauser Firma für einen Teil der enormen Kostenüberschreitungen verantwortlich ist.

Und Leonz Meyer, der Mann, der das Geld von Schaffhausen nach Kolumbien überwiesen hatte? Hat er den grössten Korruptionsskandal in der Geschichte des südamerikanischen Landes mitfinanziert? «Als ich von den Reficar-Vorwürfen hörte, hatte ich keinen Grund zur Annahme, dass etwas nicht stimmt.

«Aber ich habe bei uns genauer hingesehen und gesehen, dass alles richtig gemacht wurde», sagt er. Ein Rechtshilfegesuch aus Kolumbien an die Schweiz oder ein Schreiben von der Staatsanwaltschaft Bogotá an ihn habe es nie gegeben.

Der Briefkasten in Schaffhausen bleibt also unangetastet. Die kolumbianische Rechercheurin Katherine Casas sagt dazu: «Auch wenn die Absicht hinter diesen mysteriösen Finanzgeschäften vielleicht gut war – solche Vehikel werden immer für betrügerische Geldbewegungen verwendet. In diesem Fall und in diesem Ausmass zum erheblichen Schaden für unser Land.»

Milliones para Schaffhause

Schaffhausen hingegen profitiert bis heute vom Korruptionsskandal: in Form von Steuern in Millionenhöhe. Die Ecopetrol Capital AG verdient weiterhin Geld mit den Zinsen auf den Schulden von Reficar. Geld, das die kolumbianische Volkswirtschaft noch über 30 Jahre lang abtrotzen muss.

Die Gewinne einer Briefkastenfirma bleiben meist im Dunkeln. Aber: Ecopetrol gehört seit 2007 nicht mehr allein dem ko-

lumbianischen Staat, Teil der Aktien wird an der Börse in New York gehandelt. Deshalb muss der Erdölkonzern jedes Jahr das «Form 20-F» ausfüllen, ein komplexes Formular für die amerikanischen Behörden, das Einblick in die Abschlüsse aller Tochtergesellschaften gibt und das öffentlich zugänglich ist.

Diese Unterlagen zeigen: In den Jahren 2015 bis 2021 wies der Schaffhauser Briefkasten im Durchschnitt 45 Millionen Gewinn aus (siehe Diagramm oben). Das Kapital wuchs in der gleichen Zeit kontinuierlich auf mehr als eine halbe Milliarde Franken.

Wie viel davon in die Schaffhauser Staatskassen floss, sagt die kantonale Steuerverwaltung nicht. Der Zins liegen aber die Steuerreports des Ölkonzerns für die Jahre 2019 bis 2021 vor. Sie enthalten die Höhe der gezahlten Steuern aller Tochtergesellschaften – auch die der Ecopetrol Capital AG in Schaffhausen.

In diesen drei Jahren hat der Schaffhauser Briefkasten über 14 Millionen Franken Steuern in der Schweiz bezahlt, von denen nach Berechnungen der AZ etwas mehr als die Hälfte an Stadt und Kanton geflossen sein dürfte. Diese Zahlen decken sich mit den Angaben, die Leonz Meyer im Gespräch mit der AZ macht.

Damit gehört die Ecopetrol Capital AG, die die Schulden des Reficar-Skandals verwaltet, zu den grössten Steuerzahlern im Kanton. Für Leonz Meyer eine Erfolgsgeschichte: «In der Schweiz angesiedelte ausländische Unternehmen zahlen dem Schweizer Fiskus jährlich Millionen an Steuern. Das sind Steuern, die wir als Schweizer Bürger nicht bezahlen müssen.»

Dieser Text entstand mit finanzieller Unterstützung des AZ-Recherchefonds «Verein zur Demontage im Kaff». Der Fonds fördert kritischen, unabhängigen Lokaljournalismus in der Region Schaffhausen, insbesondere investigative Recherchen der Schaffhauser AZ. Spenden an den Recherchefonds: IBAN CH14 0839 0036 8361 1000 0



WAL-MART
REBLEUTGANG 1

Der grösste Konzern der Welt in einem Schaffhauser Briefkasten

Milliarden an der Bachstrasse

Ein Tag vor dem Walmart-Briefkasten: Wie unser Autor das Schaffhauser Büro des Supermarkt-Giganten suchte. Und wie er Milliarden zahlte, Drohungen, Steuervermeidung und Walmart-Witze fand.

■ Kevin Brühlmann

Zehn blaue polierte rote Briefkästen verzerren meine Silhouette, quasi Picasso. Doch die Wirklichkeit holt mich an diesem Montag um 8 Uhr früh schon im nächsten Atemzug ein: Bitte keine Werbung, mahnen roboterhafte Mäuler.

Ich beisse in meine Schokogipfel und kaffe die Augen zusammen. Bachstrasse 56, Schaffhausen, heisst es oben. Der Blick schweift über die glatte Oberfläche der Briefkästen. Und wie der Gipfel freigelegt auf der Bode bröckelt, bleibt mein Blick plötzlich stehen: Walmart.

Mit zwei weiteren Namen auf einem Namensschildchen gepfercht, schaut Walmart ziemlich fade in die Welt hinaus. Fast wie ein Preisschild im Supermarktregal. Mit anderen Worten: Hier muss ich richtig sein. Goldrichtig, um herauszufinden, was der Warehouse-Gigant in Schaffhausen will. Und weil meine Frage am besten im persönlichen Gespräch klärt, suche ich nach dem Büro.

Müsste ja schnell zu finden sein. Schliesslich ist der US-Konzern Walmart das umsatzstärkste Unternehmen der Welt, 486 Milliarden Dollar waren es 2016. 100 Milliarden mehr als das Bruttoinlandsprodukt Österreichs. Zwei Millionen Angestellte arbeiten beim Warehouse-Giganten, so viele wie bei keinem anderen privaten Arbeitgeber. Es gibt diese Ruinengagen aus dem Internet, der geht so: Walmart schliesst 269 Läden, das bedeutet, man spart zwölf Angestellte und eine bezahlte Mittagspause ein.

19 Firmen in einem Haus

Zunächst soll das Haus an der Bachstrasse 56 observiert werden, das den Walmart-Briefkasten beherbergt. Ein älteres, schön renoviertes Gebäude, dreistöckig, mit Giebeldach und einem spitzen Erker zum Strassenhinaus. Im Erdgeschoss und im zweiten Stockbrennt Licht; Meissitzen in gemeinsamen Büros vor ihren Computern. Oben und in der mittleren Etage ist es finstern. Aus dem überdach-

ten, leicht erhöhte Hauseingang leuchtet das Rot der Briefkästen.

19 Firmen sind auf diese Adresse eingetragen, darunter eben auch die «Wal-Mart Holdings International Ltd.». Zweck dieser Firma ist, so der Eintrag im Handelsregister: «Erwerb, Halten und Verwalten von Beteiligungen an Gesellschaften sowie Finanzierungstätigkeiten aller Art».

«Finanzierungstätigkeiten aller Art»? Dafür muss ja irgendwo ein Büro zur Verfügung stehen. Doch vorne an der Tür steht ein Schild, das die Besetzungszeichen fehlt. Und die schwere Holztür ist verriegelt.

Plötzlich der Gedanke: Eigentümer der Liegenschaft ist ein Geschwister-Trio aus Schaffhausen. Als ich dort anrufe und mich nach den 19 Firmen an der Bachstrasse 56 erkundige, stosse ich auf Unverständnis: «So am Telefon, also bitte. Das finde ich komisch. Ich sehe das in Ihrer Sache nicht. Recherchieren Sie weiter, adieu.» Das Besetzungszeichen ertönt.

Der Himmel ist grau, aber trocken. Ich beschliesse daher, vor dem Gebäude zu



Observiert: Das Haus an der Bachstrasse 56, wo neben Walmart 18 weitere Firmen gemeldet sind. Was geht hier vor?

Foto: Peter Pfister

warte, und setze mich auf die kleine Mauer. Die junge Frau mit Turkschuhen und Jeans läuft an mir vorbei, du klesst Haar, sie wirkt etwas mürrisch. Weil ich gerade meine Rucksack vom Kaffee zu befreien versuche, den ich verschüttet habe, merke ich zu spät, dass die Frau Post aus einem der Briefkäste holt. Als sie im Haus verschwindet, fluche ich leise vor mich hin, und es beginnt zu regnen. Ich flüchte unter das Dach des Parkplatzes, der gleich neben dem Haus liegt.

Kapital: 2,3 Milliarden

Gegründet wurde «Wal-Mart Holdings International Ltd.» im November 2002, so der Ersteintrag im Handelsregister, und zwar bei der Schaffhauser Anwaltskanzlei «Peyer Alder Keiser». Alder, Hans Rudi mit Vorname, ist gar Verwaltungsratspräsident der Holding.

Ob Herr Alder zu sprechen sei, frage ich am Telefon.

Bedauerlicherweise nicht, sagt die etatistische Sekretärin. Er sei in der Ferie, und bis nächste Woche würde er nicht zurück sein, aber sie könne ja seinem Kollegen, dem Herrn Keiser, die Bitte nach einem Rückruf ausrichten.

Ja, schön. Dank, sage ich etwas geistesabwesend und lege auf; meine Stirn zelt sich ob des zweiten Firmenbeitrags vom Januar 2003, zwei Monate nach der Gründung. Da heisst es: Das Aktienkapital wird von 100'000 auf 2,3 Milliarden Franken erhöht. Und «die Bücher der Gesellschaft» werde 13,1 Milliarden Franken «gutgeschrieben». Diese «Sacheilagen» kommt vom Mutterkonzern in Beethoven, Arkansas.

Sind das und die «Finanziertätigkeiten aller Art»?

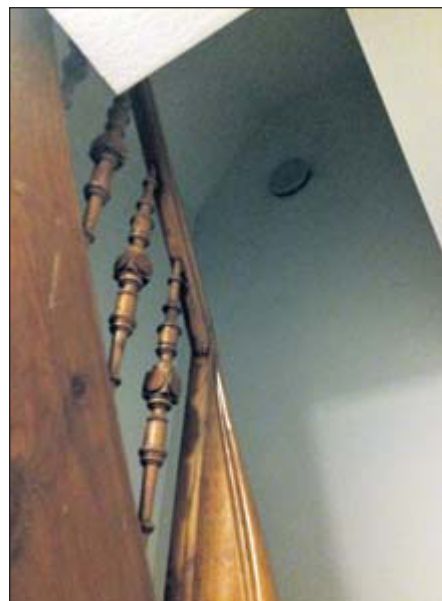
Unter der damaligen Verwaltungsratspräsident des Schaffhauser Ablegers findet sich auch ein gewisser Charles Holley Junior. Der 61-jährige Frührenter, bekannt durch rote Krawatte und stramme Seitenscheitel, war zuletzt Executive Vice President und Finanzchef von Walmart. Zuvor kümmerte er sich vor allem um die Steuer; das ist dem Konzern eine eigene Abteilung wert.

Die NGO-Vereinigung «Americans for Tax Fairness» veröffentlichte im Juni 2015 eine Studie: Mindestens 76 Milliarden Dollar, so die Erkenntnis, hat Walmart zur Vermeidung von Steuer auf 15 Steuerpa-



Der Walmart-Briefkasten.

Foto: Peter Pfister



Düsteres Treppenhaus, das zur Tür führt, wo Walmart angeblich das Büro habe – eine Fehlinformation. Fotos: kb.

se verteilt. Steuerpaare wie Schaffhausen. Die Holding bezahlt im Kantonalen Gewerbesteuer, und die Kapitalsteuer beträgt 0,0025 Prozent – vierzigmal weniger als bei ordentlich besteuerten Unternehmen.

«Finanziertätigkeiten aller Art», schön und gut, aber wer und wo?

Kurz nach halb zehn fährt der Pöstler mit Moped und Adhänger vor, ein drahtiger Mann mit den 60 Jahren. «Ich bin auf der Suche nach Walmart», sage ich vorsichtig. «Ist hier», meint der Pöstler leise und zeigt auf den Briefkasten. Und das Büro? Der Pöstler

zieht die Kapuze ab und erklärt, dass er noch nie jemanden von der Firma gesehen habe. «Der Briefkasten wird aber auf alle Fälle geleert, er ist noch nie übergequollen.»

Der Wind drückt die Bänke unter den Parkplatzdach. Sie tropfen auf die Schuhe, als die junge Frau mit den dunklen Haaren wieder aus dem Gebäude kommt. Rauchpause.

«Wissen Sie, wo das Walmart-Büro ist?»

«Ähm, ich würde sagen: falscher Kontakt.»

Ich deute auf den Briefkasten, sie wirkt baff. Davon höre sie zum ersten Mal, obwohl sie hier arbeite. Aber sie könne ja ihre Chefin fragen – ich soll doch bitte gleich mitkommen. Die Frau schliesst die Holztür auf, ich folge ihr in den gemeinsamen Flur. Wir nehmen den Lift; ihre Firma habe sich im Erdgeschoss sowie im zweiten Stock gemietet, erklärt die Frau.

Die Chefin schaut mich noch verdutzter an als die Frau zuvor. «Walmart», sagt sie, als ich bei ihr oben im Büro stehe, «Walmart – sowas.» Es hört sich so an, als spreche sie über eine unlösbare mathematische Gleichung. Immerhin, sie hat einen Tipp für mich: «Im mittleren Stock versuche.»

Die Frau mit den dunklen Haaren führt mich zu einer Tür am Ende des Korridors. «Der Lift hält leider nicht im mittleren Stock, Sie müssen die Treppe nehmen.»

Büro? Fehlanzeige

Das gesamte Treppenhaus ist kaum beleuchtet. Die Stufe sind mit einem hässlichen grauen Teppich bespart, das polierte Holzgeländer wirft groteske Schatten auf die Wände. Langsam taste ich mich nach unten, die Schuhe schürren über den

Teppich, bis ich vor der schmucklosen weissen Tür stehe. Sie ist verschlossen.

Klopfe, einmal, zweimal, dreimal – nichts passiert. Stille aus dem Inneren. Von draussen meine ungläubige Frage: Hier sollte Dutze der Milliarde Franken verwaltet werden?

Ich setze mich auf die Treppe und warte.

Herr Keiser von der Kasse «Peyer Alder Keiser» – dem ersten Sitz von Walmart in Schaffhausen – ruft mich zurück. «Walmart», meine er zögernd, aber nicht unzufrieden. «Stimmt, das ist bei uns mal herumgeistert. Aber ich weiss davon vermutlich weniger als Sie, ich mache Sozialversicherungs- und Haftpflichtrecht. Da müsste Sie Herrs Rudi Alder fragen. Er ist zwar in der Ferie, aber schreiben Sie ihm eine Email.»

Per Mail lässt später Alder ausrichten, dass ich mich an die Presseabteilung des Konzerns wenden soll.

Nach einer halben Stunde im Schummerlicht des Treppenhauses klopfe ich noch einmal an die Tür, vergeblich.

Hier gibt es kein Büro.

Ich verlasse das Haus, und stelle ich mich allerdings in der Hauseingang, wo auch die Briefkästen abgebracht sind.

Walmart schafft sich Kunden

Via Mobiltelefon stosse ich auf eine weitere Witz im Internet, eine traurige zwar, weil wahr: Bei Walmart gibt es zur Zeit Typen, die Mitglieder einer Gewerkschaft sind. Irgendwo in einer Fleischabteilung im Osten der USA. Und die Kassa haben sie einmal eingekauft, das Kaufhaus dichtgemacht, weil sich die Angestellte gewerkschaftlich organisiert hatte. «Im Schwitzkasten der Effizienzsteigerung» drückt Walmart «das Lohnniveau und schafft sich so die Kunden, die auf niedrige Preise angewiesen sind», heisst es in einem Artikel der «Zeit».

Ob das auch hier getan wird? Ich mustere noch einmal das rot polierte Metall im Hauseingang: Walmart teilt die Briefkasten mit zwei weiteren Hologrammen – diese sind Tochterfirmen des Schaffhauser Ablegers. Früher waren es gar mehr. Im Dezember 2011 schluckte der Bachstrasse-Walmart ein es der Subunternehmer und übernahm dabei Aktive in der Höhe von 17,2 Milliarden Franken. Rund um

Walmart gibt es ein regelrechtes Geflecht an Firmen; die Adresse ist jedoch fast immer dieselbe an der Bachstrasse 56. Auch die Namen sind die gleichen. Eine Person sticht besonders hervor: Daniel Stoll, Anwalt bei der Zürcher Kasse Thürovi, spezialisiert auf Wirtschaftsrecht, ob der Lage in der Nähe des Utoquais. Bis Ende 2016 war Stoll auch Verwaltungsratspräsident

«Ich verbiete Ihnen zu schreiben, Sie hätten mit mir geredet!»

VR-Präsidentin Walmart

side in der Schaffhauser Walmart-Stelle.

Auf in Zürich, es ist halb elf: «Herr Stoll, guten Tag, ich bin auf der Suche nach dem Walmart-Büro an der Bachstrasse 56.»

Gehefrage Stoll: «Wer sind Sie? Was wollen Sie?»

Erkläre, dass Gehefrage: «Was macht Walmart in Schaffhausen?»

Erkläre Stoll: Ich soll mich an Arlette Pfister wenden, sei eine Kasse-Kollegin, die sei eine Nachfolge als Verwaltungsratspräsidentin übernommen habe. Und: «Einfach, dass es klar ist: Ich will nicht zitiert werden.»

Er euter Auf in Zürich, gleiche Nummer, gleiche Frage, quasi Déjà-vu facultativ: «Grüezi Frau Pfister, leider finde ich das Walmart-Büro in Schaffhausen nicht, nur eine Briefkasten. Können Sie mir weiterhelfen?»

Antwort Arlette Pfister: «Ich bin nicht interessiert, mit der Presse darüber zu reden.»

Frage: Wofür sind Sie da interessiert?

Was ist die Aufgabe des Bachstrasse-Walmarts?

Reklamation Pfister, aufgebracht: «Melde Sie sich bei der Pressestelle des Konzerns. Ich verbiete Ihnen zu schreiben, Sie hätten mit mir geredet! So wird ich ein Verfahren einleiten, das können Sie sicher sein.»

Eine Warnung: Sie sind Verwaltungsratspräsidentin, öffentliches Mandat, Sie tun doch nichts Verbotes.

Schlusswort Pfister, noch immer aufgebracht: «Sommerloch oder was? Ich habe nicht mit Ihnen geredet. Schönen Tag noch.»

1 Milliarde für Aktionäre

Es hat aufgehört zu regnen. Gemütlicher ist es allerdings nicht geworden: Im Minuten takt rase Samstagswegen und Polizeiautos mit Sirenen vorbei; über der Stadt kreist ein Rega-Helikopter. Anscheide ist ein Mann mit Kette sägem Amok gelaufen in der Stadt. Von Weitem sehe ich die Gaffer am Ende der Vorstadt. Ich widme mich wieder dem Handelsregister.

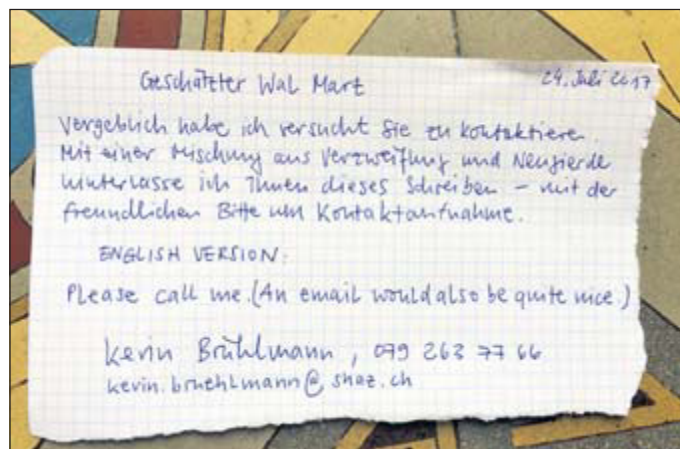
Und siehe da, im Januar 2015 gibt es eine Hinweis auf die Arbeit der Firma: Damals, so der Eintrag, setzt die Schaffhauser Walmart-Stelle ihre Aktienkapital herunter. Dabei werde 761,36 Millionen Franken «zur Rückzahlung der Aktionäre verwendet». Wenig später, im September desselben Jahres, wiederholt sich das Ganze. Diesmal sind es 260 Millionen, die ausgeschüttet werden. Summa summarum: 1,02 Milliarden Franken in nur acht Monaten ausbezahlt.

Obschon mehrheitlich Nichtraucher, stecke ich mir eine Zigarette an. Es bleibt die Frage: Warum will jemand über die Walmart-Briefkasten sprechen? Über die «Finanzierungsaktivitäten aller Art»? Wie werde die Milliarde verwaltet?

Woher kommen sie, wohin fließen sie? An meine Haarwurzel sammelt sich grosses Unbehagen.

Um Viertel nach zwölf lasse ich das Haus an der Bachstrasse 56, zehn Briefkasten, Walmart, 18 weitere Firmen und eine handgeschriebene Notiz zurück. Ich brauche eine Dussche.

Nachtrag: Die Mail an die Pressestelle des US-Konzerns bleibt eben so unbeantwortet wie die Notiz.



Eine Notiz zurückgelassen – keine Antwort.

Foto: kb.



RISEING TIDE, NEWCOALTRADING, MALLINKRODT
HERRENACKER 15

Die Rising Tide Foundation im Haus der Wirtschaft unterstützt krebskranke Patienten

Heimliche Helfer der Tea Party?

Seit 2008 ist im Haus der Wirtschaft die Rising Tide Foundation domiziliert. Sie unterstützt die Krebsforschung, aber auch die «Idee der Demokratie». Vor einem kürzlich erschienenen Artikel, der ihre Nähe zur amerikanischen Tea Party suggeriert, distanzieren sich die Verantwortlichen.



Seit einigen Jahren ist die Rising Tide Foundation im Haus der Wirtschaft am Herrenacker angesiedelt.

Foto: Peter Pfister

■ Bea Hauser

Wer ist die Rising Tide Foundation, die sich 2008 in Schaffhausen niedergelassen hat? Ein Beitrag im Amtsblatt aus dem Jahr 2010 (bei der Namensänderung von Rising Tide GmbH in Rising Tide Foundation)

lautet einigermaßen mysteriös: «Stiftungszweck: Unterstützung durch Ausrichtung finanzieller Beiträge an die klinische Krebsforschung und krebsleidende Personen und deren Familie; an die Erforschung der Idee der Demokratie und des klassischen Liberalismus; an

Bildungsinstitutionen und an die Weiterbildungsfähiger Kandidaten aus minderbemittelten Kreisen; an Einzelpersonen und Institutionen, welche klinische wissenschaftliche Forschung betreiben oder sich diese zum Ziel gesetzt haben.» Im dreiköpfigen Stiftungsrat sass laut Amtsblatt der Amerikaner Shaw Stephens in Zürich, Bryan Murphy von der Cayman Islands, Herma Schultzi Kilchberg und der Schaffhauser Bernhard Klauser.

Der Steigbügelhalter

2008, als die Rising Tide GmbH in Schaffhausen gegründet wurde, war im Amtsblatt Bernhard Klauser als Geschäftsführer aufgeführt. Bernhard Klauser ist in Schaffhausen kein Unbekannter. Er sitzt unter anderem seit zwei Jahren im Verwaltungsrat der Regionalen Verkehrsbetriebe RVSH und präsidiert die Wirtschaftskommission der Industrie- und Wirtschaftsvereinigungen IVS Schaffhausen. Auf Anfrage sagt er, es sei eine völlig normale Vorgabe gewesen, dass eine amerikanische Firma eine Steigbügelhalter gebraucht habe. «Personen, die hierher ziehen, können ja immer, mit dem sie eine Firma starten können», erklärt Klauser. Er habe nur bei der Affäre geholfen, bis die Rising Tide GmbH in die Stiftung Rising Tide Foundation umgewandelt wurde. Bernhard Klauser führt heute die Treuhandgesellschaft Klauser und Partner AG und hat mit der Rising Tide Foundation «überhaupt nichts mehr zu tun», wie er unterstreicht.

Am 9. November wurde in der «Sonntags-Zeitung» ein Artikel publiziert mit dem Titel «Geldelieferanten in Schaffhausen für die Tea Party». Darin wird behauptet, der Chef der Stiftung Rising Tide (also Shaw Stephens) organisiere Millionen spende für amerikanische Rechtsaussepolitiker – womöglich illegal, wie der Artikel durchblicken liess. Das Umfeld der Rising Tide Foundation war unge-

te über den Text in der «Sonntags-Zeitung». Dazu Bernhard Klausner: «Ei es ist eine Story.» Und Weideli Zellmayer von der Risi & Tide Foundation sagte kurz und bündig am Telefon: «Über diesen Artikel gibt Risi & Tide keine Kommentare ab.»

Offene Fragen

Ihre Frage musste die «Schaffhauser az» schriftlich per Mail erreichen. Sie lautete: Warum ist die amerikanische Risi & Tide Foundation in Schaffhausen angesiedelt? Schaffhausen ist ja nicht gerade ein Staat für die klinische Krebsforschung. Risi & Tide hat als Stiftungszweck im Amtsblatt des Kantons Schaffhausen eingetragene, dass sie finanzielle Beiträge an die klinische Krebsforschung und krebserkrankte Personen und deren Familien ausrichtet, aber auch «an die Erforschung der Idee der Demokratie und des klassischen Liberalismus». Was hat die klinische Krebsforschung mit Liberalismus zu tun? Sie sind seit vier Jahren in Schaffhausen angemeldet: Was sind Ihre Erfolge? Wo unterstützen Sie die Krebsforschung? Welche Familie von krebserkrankten Personen unterstützen Sie und wo lebt diese Familie? Welche Kriterien gelten für Spitäler und Organisation, die Krebsforschung betreiben sowie für die betroffene Familie, damit sie von Risi & Tide Beiträge erhalten? Woher hat die Risi & Tide Foundation überhaupt die finanziellen Mittel, um solche Beiträge auszurichten? Ist ein Geldgeber speziell an Liberalismus interessiert, so dass dieser Passus in der Stiftungszweck kam?

kranke Person unterstützen Sie und wo lebt diese Familie? Welche Kriterien gelten für Spitäler und Organisation, die Krebsforschung betreiben sowie für die betroffene Familie, damit sie von Risi & Tide Beiträge erhalten? Woher hat die Risi & Tide Foundation überhaupt die finanziellen Mittel, um solche Beiträge auszurichten? Ist ein Geldgeber speziell an Liberalismus interessiert, so dass dieser Passus in der Stiftungszweck kam?

Keine Antwort

Die «az» bat Weideli Zellmayer von Risi & Tide, die Frage innerhalb einer gewissen Frist zu beantworten. Er sagte am Telefon: «Risi & Tide lässt sich das Tempo nicht diktieren». Ein Tag später kam dann eine Mail von Eveline Mumenthaler, auch ihre Adresse gab er: «Director» der Risi & Tide Foundation, mit folgenden Worten: «Wir bedauern, dass wir Ihnen aufgrund der unbegründeten Anschuldigungen in der «Sonntags-Zeitung» momentan keine weiteren Auskünfte geben können. Gerne verweise wir Sie je-

doch auf unsere Website für weitere Informationen.» Die von der «az» gestellte Frage wurde jedoch nicht beantwortet.

Auch spätere Nachfrage brachte kein Ergebnis. Nun verstand die Ansprechpartnerin bei der Risi & Tide Foundation plötzlich kein Deutsch mehr und wollte in englischer Sprache angesprochen werden. «Director» Eveline Mumenthaler war leider für ganz tägliche Meetings ausser Haus, mehrmalige Versuche, sie zu erreichen, blieben jetzt ergebnislos.

Die «az» wollte von der kantonalen Wirtschaftsförderung wissen, ob angesiedelte gewillige Firmen eigentlich auf Bonität und dergleichen überprüft werden, wie sie beim Kanton anfrage. Marcus Cajacob von der mit der Wirtschaftsförderung beauftragten Georis AG antwortete per E-Mail: «Wir verifizieren die Angaben von Ansiedlungsgesellschaften zur Geschäftstätigkeit jeweils mit verschiedenen Quellen und unserem Netzwerk.» Man schaue sorgfältig darauf, wer hinter einer Ansiedlung steckt, und bei Risi & Tide sei alles in Ordnung, so Cajacob.

■ mix

Der Stadtrat will die Parzelle Hohberg im Baurecht abgeben

«Oben bleibt der Hohberg grün»



Die Nähe der Bushaltestelle an der Stettenerstrasse gilt als Vorteil für die Abgabe des Hohbergs im Baurecht. Foto: Peter Pfister

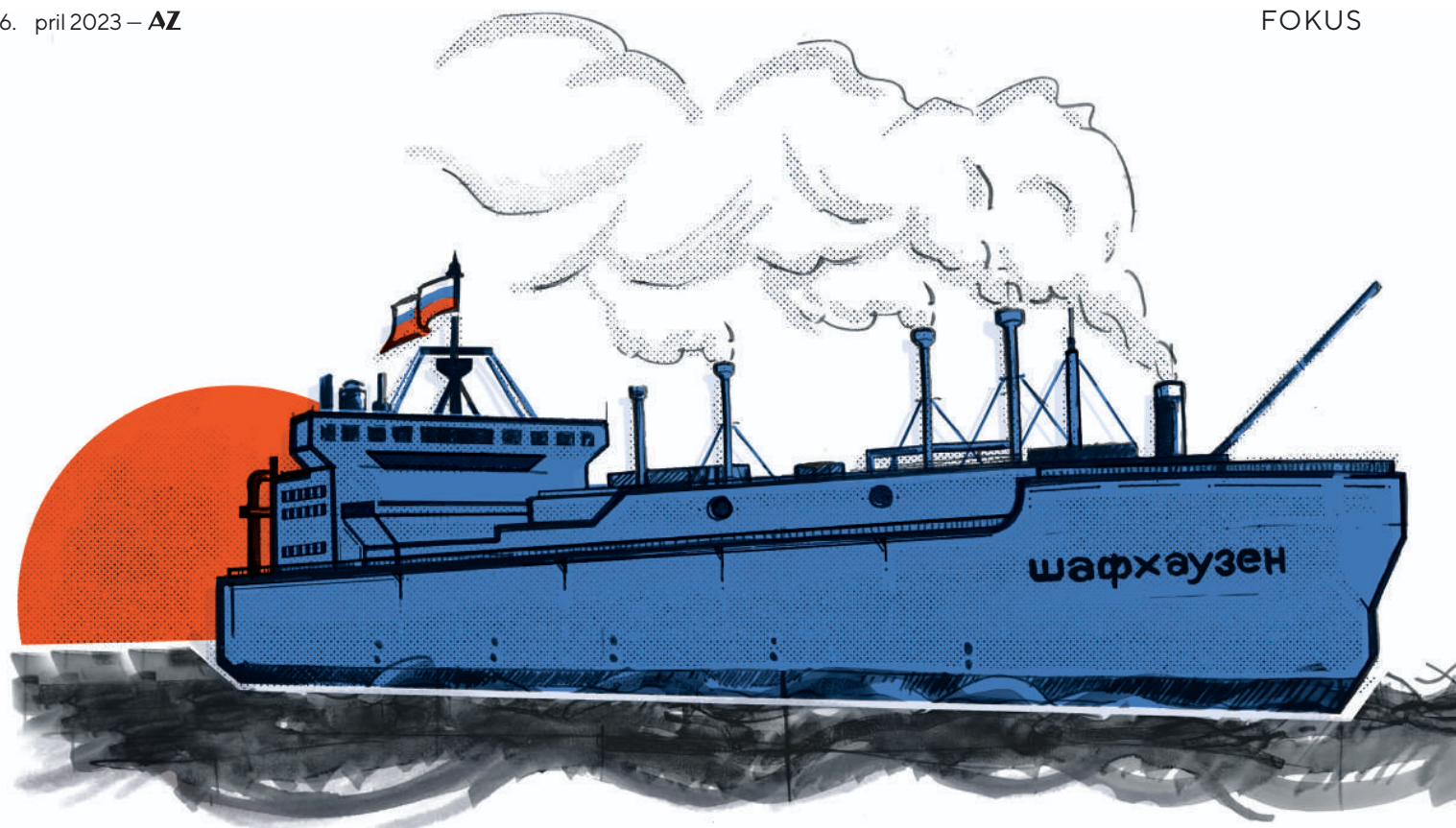
Schaffhausen. 2012 wollte der Stadtrat das Grundstück Hohberg an der Stettenerstrasse in Herbligen verkaufen. Dagegen ergriff die Alternative Liste das Referendum, und im Juni 2013 wurde der Verkauf mit 5'870 Nein-gegenüber 5'749 Ja-Stimmen

abgelehnt. Nun will der Stadtrat die gleiche Parzelle im Baurecht abgeben, wogegen die AL nichts einzuwenden hat. Das Grundstück umfasst eine Fläche von 6'267 Quadratmetern, und es ist voll erschlossen. Der Stadtrat schreibt in seiner Vorlage, die am Montag vorgestellt wurde, die Parzelle zeichne sich durch ihre attraktive Grösse und ihre gute Besonnung dank der Hanglage und dank der stabilen Baugrunderstände aus. Das Potenzial der Parzelle liege, so der Stadtrat, bei rund 15 bis 20 Wohneinheiten.

«Oben bleibt der Hohberg grün», beschwichtigt Finanzreferent Peter Neukomm allfällige Kritiker einer Überbauung. In der demokratisch

zustandegekommene städtische Zoneplanung sei diese Parzelle als Bauland vorgesehen worden. «Wir reden hier nur von einer Baulücke», so Neukomm. Das Grundstück sei geeignet für eine Familie, weil Schule, Einkaufsmöglichkeiten und öffentlicher Verkehr ringsum das Grundstück liegen würden.

«Die Baurechtsvergabe erfolgt mittels einer öffentlichen, anonymen Studie Wettbewerb», erklärt Baureferent Raphaël Rohrer. Eine unabhängige Jury werde die eingereichten Projekte bewerten. Neben Fachleuten aus dem Baureferat werde auch ein Vertreter des Quartiervereins Herbligen eingesetzt. Die Jury ehme, so Rohrer. (ha.)



Russisches Öl vom Herrenacker

UKR INEKRIEG Wie eine Schaffhauser Firma das Öl eines mit Putin verbandelten Oligarchen an den Sanktionen vorbeischifft.

Simon Muster und Mattias Greuter

«Priwjet Sacha!» – Dieter Neuhoff telefoniert mit dem Moskauer Büro seiner Rohstoffhandelsfirma, der Journalist der *Schaffhauser Nachrichten* drückt auf den Auslöser seiner Kamera. Es ist das Jahr 2010, und die Beziehungen zu Russland sind entspannt. Ein Teil des blühenden Handels läuft über die Schaffhauser Firma NewCoal Trading AG von Dieter Neuhoff: Sie kauft in Russland und in der Ukraine Kohle für europäische Energie- und Industriebetriebe.

Die Zwischenstation in Schaffhausen mache nicht zuletzt wegen der anhaltenden Spannungen mit «dem ehemaligen Ostblockstaat» Ukraine und Moskau Sinn, erklärt Neuhoff dem Journalisten der *SN*. Dieser beendet sein Firmenporträt mit der Erkenntnis: «Die Zeiten haben sich geändert, die Kohle ist geblieben.»

Turbulente Zeiten

Heute, acht Jahre nach der Annexion der Krim und ein Jahr nach dem Beginn des Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine, haben sich die Zeiten wieder geändert. Und die Kohle? Wie Recherchen der *SN* zeigen, handelt die Schaffhauser Firma bis heute mit russischen Rohstoffen. Und hilft so von ihrem Büro am Herrenacker aus, internationale Sanktionen zu umgehen.

Sie ist mutmasslich mit den politischen Machenschaften eines engen Freundes von Vladimir Putin verbandelt und hat Verbindungen bis in die Kreml-Spitze.

Bereits vor dem Zusammenbruch der Sowjetunion 1991 steckt ihre einst stolze Kohleindustrie in der Krise. Tausende Mineure verlieren ihre Arbeit und die, die ihn behalten können, warten bis zu einem Jahr auf ihren Lohn. Im Sommer 1991 formiert sich ein grossangelegter Streik der Minenarbeiter. Ein gewisser Boris Jelzin erkennt die Gunst der Stunde und signalisiert den Streikenden Unterstützung. Wenige Monate später tritt Michail Gorbatschow ab – die Sowjetunion ist Geschichte.

In diesem turbulenten Jahr 1991 beginnt 2500 Kilometer westlich von Moskau die Firma Plan Marine Holding AG in Schaffhausen, ihr Kohlegeschäft aufzubauen. Dieter Neuhoff, späterer Inhaber der NewCoal Trading AG, damals angestellter bei der Plan Marine AG, knüpft in Russland Kontakte zu sibirischen Kohlehändlern.

1997 entsteht als Auskopplung aus der Plan Marine AG die NewCoal Trading AG. Der kurzgehaltene Zweck laut Handelsregister: «Handel mit Kohle.» Im gleichen Jahr schreibt Vladimir Putin seine Doktorarbeit am Bergbau Institut in St. Petersburg: Er skizziert darin die Bedeutung von Erdgas- und Erdölexporten für die Durchsetzung von Russlands aussenpolitischen Zielen.

Die Schweiz etabliert sich derweil als Handelsplatz für russische Rohstoffe – mit tiefen Unternehmenssteuern, wirtschaftlicher Offenheit gegenüber Russland und dem festen Glauben an Selbstregulierung statt staatlicher Intervention.

Kohle wird Anfang der Nullerjahre zu einem immer beliebteren Finanzprodukt, wie die Menschenrechtsorganisation PublicEye im März 2022 in einer Recherche nachgezeichnet hat. Ideal für ein Land mit einem starken Bankensektor, der Erfahrungen in der Finanzierung von Handelsbeziehungen hat.

Und ideal für eine Firma wie die NewCoal Trading G, mit ausgeprägten Beziehungen zu russischen Rohstoffkonzernen: Sie kauft die Kohle für ihre Auftraggeber in Russland ein und übernimmt auch die Versicherung für den Transport der Ware. Ein Rundumpaket.

2014 annektiert Russland die Krim, die internationale Gemeinschaft reagiert mit Empörung und Sanktionen. Und die Geschäfte von Dieter Neuhoﬀ brechen in sich zusammen: Der Hafen Mariupol steht nicht mehr zur Verfügung. «Ich wollte die Firma auﬂösen», erzählt er auf Nachfrage.

Neue Inhaber und Öl statt Kohle

Doch dann wird Neuhoﬀ von russischen Investoren kontaktiert. «Sie sagten mir, sie bauen eine Raffinerie in Sibirien und baten mich, die Finanzierung des Baus und die Vermarktung des Öls zu organisieren.», sagt Neuhoﬀ. Die NewCoal Trading G wird von der Kohle- zur Ölhandelsfirma.

2015 verkauft Dieter Neuhoﬀ die Firma an die Investoren, bleibt aber als Geschäftsleiter. Zwei Jahre später wird die Firma erneut verkauft. Neuhoﬀ bleibt ein weiteres Jahr, bevor er die Firma 2018 verlässt: Es habe «kein gegenseitiges Verständnis» bestanden, sagt er vorsichtig.

Er habe eine Schweigepflicht unterschrieben, er dürfe der Zeitung also nicht sagen, wer die Firma heute besitzt. Was aber klar ist: Die neuen Besitzer scheuen die Nähe zum russischen Regime nicht und helfen bald, die Sanktionen gegen einen Putin-nahen Oligarchen zu umgehen.

Das zeigen Recherchen eines Kollektivs aus ukrainischen Radio- und TV-Stationen, die bei *Radio Free Europe* erschienen sind: Im Jahr 2020 verkauft eine Raffinerie im russischen Nowoschachtinsk, nahe der ukrainischen Grenze, mindestens sechs

Schiffsladungen an Erdölprodukten an den US-amerikanischen Energiekonzern ExxonMobile. Dieser darf mit der Raffinerie zu diesem Zeitpunkt bereits seit sechs Jahren nicht mehr handeln, er würde damit gegen die von den US verhängten Sanktionen verstossen. Aber das Öl, das von Russland nach Texas verschifft wird, macht einen rein buchhalterischen Zwischenhalt: Die Raffinerie verkauft es an die NewCoal Trading G in Schaffhausen, die es an ExxonMobile weiterverkauft.

Die ukrainische Recherche belegt die Transaktionen mit Daten der amerikanischen Zollbehörde: Herkunftshafen, die Namen der Schiffe und jedes Barrel Öl sind vermerkt. Den Wert der sechs Schiffsladungen schätzen die ukrainischen Journalistinnen und Journalisten auf 150 Millionen Dollar.

Mit anderen Worten: Mit Hilfe der Schaffhauser Handelsfirma wird russisches Öl weiterhin in die US verkauft, werden Sanktionen unterlaufen. Ein ehemaliger Berater der Kontrollbehörde des US-amerikanischen Finanzministeriums, die für die Umsetzung von Sanktionen zuständig ist, wird in der ukrainischen Recherche zitiert: Das ist sicherlich zwielichtig und unterläuft den Rahmen der Sanktionsabsicht.»

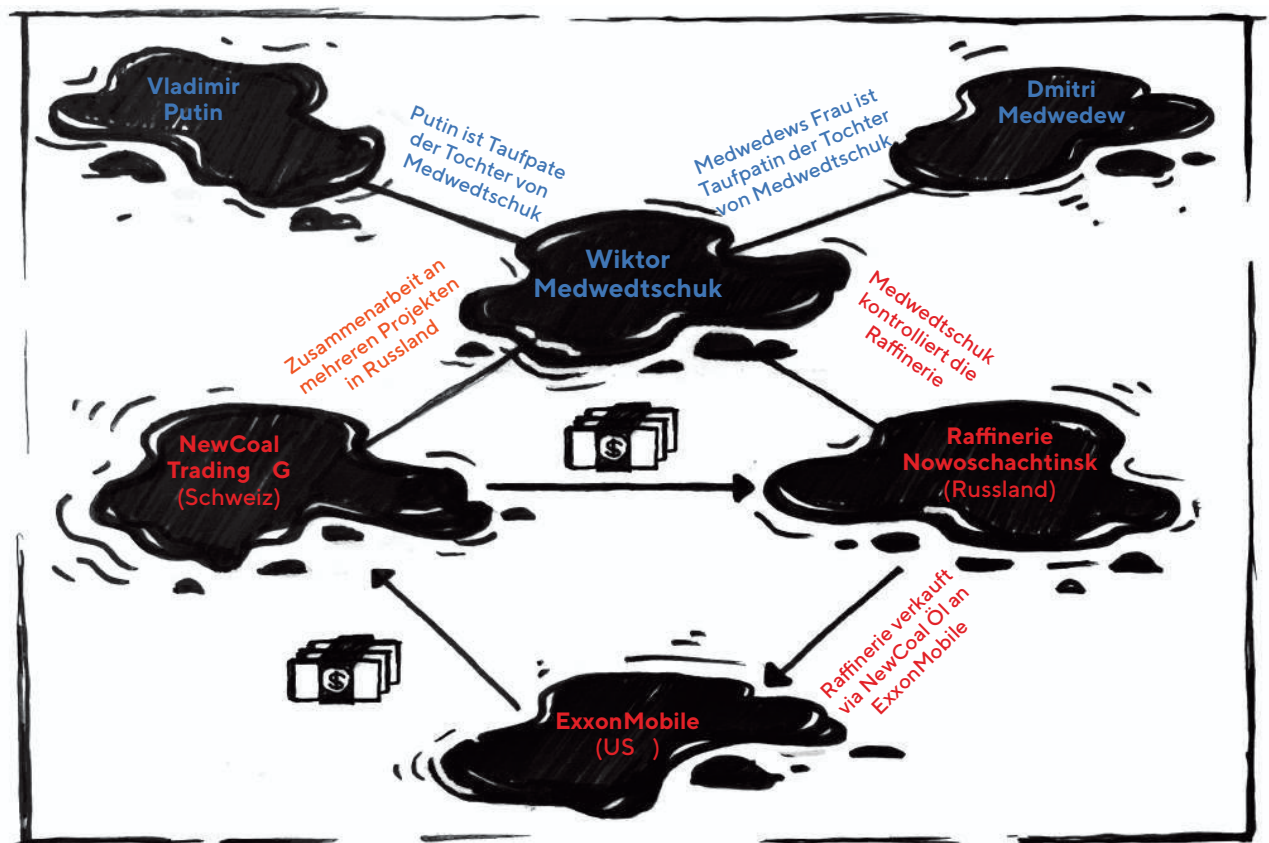
Profiteur dieses Umgehungsgeschäfts ist neben der Schaffhauser NewCoal Trading G vor allem ein Mann: Wiktor Medwedtschuk, persönlicher Freund und Vertrauensmann von Vladimir Putin und eine Schlüsselfigur im Vorfeld des Ukrainekriegs.

Putins Mann in der Ukraine

Vor der Krim-Innexion war Medwedtschuk Putins Mann in der Ukraine, der wichtigste pro-russische Politiker im Land, Herrscher über ein Medienimperium und mehrere Rohstofffirmen. Putin ist der Taufpate von Medwedtschuk Tochter. Ihre Taufpa-

Wie verkauft der Oligarch Wiktor Medwedtschuk russisches Öl in die US, obwohl diese gegen ihn Sanktionen ergriffen haben? Mit einem «Umweg» über die Schaffhauser NewCoal Trading G.

Illustrationen:
Mattia Mastroianni



tin ist die Frau von Dmitri Medwedew, der zwischen 2008 und 2012 das Amt des russischen Präsidenten von Putin kurzzeitig übernahm. Maxim Savchuk, der für *Radio Free Europe* am erwähnten Recherchekollektiv beteiligt ist und das Beziehungsnetz von Medwedtschuk öffentlich aufgeschlüsselt hat, erklärt der *Z* auf Nachfrage: «In Russland und der Ukraine ist die Tradition des Taufpatentums sehr wichtig. Meistens werden enge Freunde Pate oder Patin.»

2014 kauft Putins Intimus Wiktor Medwedtschuk die Mehrheit der Raffinerie von Nowoschachtinsk unweit der ukrainischen Grenze, die im gleichen Jahr von pro-russischen Separatisten erodiert wird.

Wegen des Überfalls auf die Krim verhängt die US Sanktionen gegen Wiktor Medwedtschuk. Dieser überträgt seinen Mehrheitsanteil an der Raffinerie sogleich an seine Frau und sagt öffentlich warum: «Meine Frau, Oksana Marchenko, ist nicht im Geschäft. Sie besitzt ein Unternehmen. Und ich leite das Unternehmen. Warum kann ich kein Unternehmen besitzen? Weil meine lieben amerikanischen Sanktionen gegen mich verhängt haben.» Ein bei russischen und pro-russischen Oligarchen beliebter, aber für Regulatoren durchschaubarer Trick. Amerikanischen Unternehmen ist es dennoch verboten, Öl aus der Raffinerie von Putins wichtigstem Mann in der Ukraine zu kaufen. Darum arbeitet Medwedtschuk mit der NewCoal Trading G zusammen, um sein Öl nach Texas zu verkaufen.

Nach Einschätzung des ukrainischen Recherchekollektivs läuft das Geschäft mit russischem Öl über die Handelsfirma am Herrenacker bis heute: Während Russland in der Ukraine wütet und eine Reihe von Kriegsverbrechen begeht, liefert die Schaffhauser NewCoal Trading G Erdöl von Russland in die US. Journalist Maxim Savchuk sagt auf Nachfrage der *Z*, er habe Belege für Transaktionen im Juli 2022 gefunden, also vier Monate nach Kriegsbeginn. Inzwischen habe sich die Frau von Medwedtschuk aber aus der Novoschachtinsky-Raffinerie zurückgezogen – ob er die Raffinerie weiterhin lenkt, sei unklar.

Von Sanktionen, welche die Schweiz zögerlich einführt, ist dieses Geschäft nicht betroffen.

Die Ukraine aber eröffnet 2021 gegen Medwedtschuk ein Verfahren wegen Hochverrats und stellt ihn unter Hausarrest.

Is Russland am 24. Februar 2022 in die Ukraine einfällt, gelingt ihm mit Unterstützung des russischen Geheimdienstes FSB eine abenteuerliche Flucht, bei der laut Quellen aus Geheimdiensten mehrere Doppelgänger eingesetzt werden. Nach Informationen des polnischen Geheimdienstes hätte Medwedtschuk zum Präsidenten der neuen Ukraine ausgerufen werden sollen, wenn der russische Plan, rasch die Hauptstadt Kiew zu besetzen, gelungen wäre.

Doch daraus wird nichts: Erstens kommt der russische Angriff ins Stocken, zweitens wird Medwedtschuk im April 2022 gefasst. Statt ukrainischer Präsident wird er ukrainischer Häftling. Im September 2022 wird er gegen 200 Soldaten ausgetauscht, die Russland mehrheitlich nach den Kämpfen um Mariupol in Gefangenschaft genommen hat. Heute lebt Medwedtschuk wahrscheinlich in Moskau. Und plant von dort den Umsturz von Präsident Wolodimir Selenski – mit gütiger Mithilfe des russischen Vertreters der Schaffhauser NewCoal Trading G.

Am 26. Januar 2023 tritt Medwedtschuk beim russischen Propagandasender *RT* in einer Talkshow auf: moderne Möbel, schwarzer Hintergrund, luftige Fragen. Medwedtschuk sieht ge-

löst aus. Und er verkündet Grosses. Er wolle von Russland aus eine neue politische Bewegung starten, die den Mythos einer geschlossenen Ukraine entkräften soll, die hinter Selenski und seinem «kriminellen Regime» stehe.

Wofür Propaganda folgen Panzer

Zeitgleich zu dieser Ankündigung expandieren Erdölfirmen und Firmenkonstrukte, die mit dem Unternehmen seiner Familie verbunden sind. Das zeigt das Beispiel des russischen Konglomerats GK Market. Die Firma besitzt mehrere Erdölproduzenten, Tankstellenketten und eine Erdölhandelsfirma. Wie das Recherchekollektiv um Maxim Savchuk rekonstruieren konnte, übernehmen im September 2022 zwei Personen aus dem Umfeld von Medwedtschuk die Kontrolle von GK Market. Einer davon: ein Mann namens Nikolay Sukhov, Leiter der russischen Niederlassung der Schaffhauser NewCoal Trading G in Moskau.

Die Recherche von Maxim Savchuk und seinem Team suggeriert, dass GK Market die neue politische Bewegung von Medwedtschuk finanzieren soll. Mit Hilfe des russischen NewCoal-Vertreters und Unterstützung von ganz oben: «Die Tatsache, dass Medwedtschuks Geschäfte in Russland nicht nur funktionieren, sondern sogar wachsen, und dass er beim staatlichen Propagandasender *RT* eine Plattform erhält, deutet darauf hin, dass Vladimir Putin ihm offenbar weiterhin vertraut», bilanziert die Recherche von *Radio Free Europe*.

Als die *Z* bei NewCoal am Herrenacker 15 klingelt, öffnet eine angestellte die Tür und bittet uns herein: Das moderne Grossraumbüro mit Fensterfront auf den Herrenacker ist leer, sie ist allein. Auf die Frage, wer der *Z* die per Mail geschickten Fragen zum Handel mit russischem Öl beantworten könnte, betont sie freundlich, die Firma habe sich inzwischen ja umbenannt: Sie heisst seit einem Monat nicht mehr NewCoal Trading G, sondern NewCommodity Trading G. «Ich werde Ihre Nachfrage mit meinem Manager besprechen», sagt die Angestellte zum Abschied.

Dieser Manager meldet sich aber nicht. Es handelt sich vermutlich um Kostiantyn Riabov, einen ukrainischen Geschäftsmann mit Wohnsitz in Lugano, eingesetzt von den neuen Besitzern.

Dieter Neuhoﬀ, der die NewCoal Trading G 1997 gegründet hat, weiss wenig über deren heutiges Geschäft. Neuhoﬀ sagt, er habe seine Kontakte nach Russland abgebrochen und macht keinen Hehl daraus, dass er Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine aufs Schärfste verurteilt. Aber er spricht vorsichtig, wenn es um die heutigen Geschäfte der NewCoal geht. Er hat die ukrainische Recherche gelesen. Was sagt er zum Vorwurf, der pro-russische Oligarch und Putinfreund Wiktor Medwedtschuk umgehe mithilfe der NewCoal Trading G amerikanische Sanktionen? Neuhoﬀ zögert, wägt seine Worte genau ab. «Wenn Sie mich fragen, ob ich das ausschliessen kann, dann muss ich nein sagen. Ich weiss es nicht und will nicht spekulieren.»

Für den Journalisten Maxim Savchuk von *Radio Free Europe* in Kiew ist der Schaden, den die Schaffhauser Firma mit ihren Geschäften mit Wiktor Medwedtschuk angerichtet hat, fatal: «Geld für Medwedtschuk ist Geld für pro-russische Aktivitäten und für die Verbreitung russischer Propaganda. Wir können jetzt buchstäblich mitverfolgen, wie auf pro-russische Propaganda russische Panzer folgen».

«Keep eating. We'll make more.»



Victor von Bruns-Strasse 19 in Neuhausen: bis 2014 die Niederlassung des Pharmakonzerns Mallinckrodt.

Robi Kohler

PHARM Schmerzmittel wie Süssigkeiten vertickt und ein Medikament für Neugeborene masslos verteuert: Die Geschichte der ruchlosen Geschäft der Firma Mallinckrodt – und ihr Sitz in Neuhausen.

Simon Muster

Der Schweiz steht ein heisser Abstimmungssommer bevor – und ein weiteres Mal stellt die internationale Gemeinschaft die Gretchenfrage: Schweiz, wie hast du's mit dem Steuerwettbewerb?

Der Geduldfaden ist bei der OECD inzwischen arg strapaziert. Weil Steuerparadiese wie Irland, der US-Bundesstaat Delaware oder die Schweiz seit Jahrzehnten mit ihren tiefen Unternehmenssteuern Konzerne aus anderen Ländern weglocken, hat die OECD eine Steuerreform beschlossen. Sie verlangt für Unternehmen mit einem Umsatz ab 750 Millionen Franken eine Mindeststeuer von 15 Prozent

auf ihre Gewinne. Am 18. Juni stimmt die Schweizer Stimmbevölkerung über die Umsetzung der Reform ab.

Die Abstimmung steht auch hoch auf der Prioritätenliste der Schaffhauser Regierung: Zwar ist Schaffhausen nicht auf dem Niveau von Zug, aber auch hier liegt die Steuerbelastung bei 13,9 Prozent, also unter der neuen Mindeststeuer (AZ vom 26. Juni 2022). Dieser Standortvorteil fällt mit der Umsetzung der Reform weg – und bedeutet somit das vorläufige Ende einer Strategie, die sich für den Kanton Schaffhausen ausgezahlt hat. Über die letzten Jahrzehnte sind grosse Konzerne dem Lockruf der tiefen Steuern gefolgt – die Kassen von Kanton und Stadt sprudeln ungebremst.

Doch neben den erfolgreichen Ansiedlungen – innovative Unternehmen mit vielen Arbeitsplätzen –, welche die kantonale Wirtschaftsförderung stolz auf ihrer Homepage präsentiert, ziehen tiefe Unternehmenssteuern auch schwarze Schafe an. Skandalumwitterte Konzerne, die sich für dicke Gewinne gerne auch mal am Rande der Legalität bewegen. Die

AZ berichtete im Februar beispielsweise über die Schaffhauser Briefkastenfirma des kolumbianischen Ölkonzerns Ecopetrol, die bis heute Geld am grössten Korruptionsfall des Landes verdient (AZ vom 27. Februar 2023).

Bis 2007 waltet an der Victor von Bruns-Strasse 19 in Neuhausen, ohne dass die Öffentlichkeit viel davon erfährt, ein milliardenschwerer Pharmakonzern – Mallinckrodt Pharmaceuticals. Hier versteckte er mutmasslich fast ein Jahrzehnt lang seine Gewinne und optimierte so seine Steuern, während er in den Vereinigten Staaten den Preis für ein Medikament für Neugeborene um über 90 000 Prozent in die Höhe trieb und Ärzte dafür einspannte, starke Schmerzmittel wie Süssigkeiten zu verteilen.

Es ist die Geschichte eines ruchlosen Konzerns, aber auch eines Marktes, in dem Quartalszahlen wichtiger sind als Menschenleben. Und eines Steuerwettbewerbs, der das alles begünstigt.

Verschachtelt

Im besten erzählt man die Geschichte entlang der Preisentwicklung von *Oxycontin*, einem Medikament, das bei sogenannten infantilen Spasmen – schwere epilepsieartige Muskelzuckungen bei Neugeborenen – helfen soll. 1952 wird das durchsichtige Gel, das in Fünf-Milliliter-Mpullen verkauft wird, zum ersten Mal in den Vereinigten Staaten zugelassen. Und schnell pendelt sich ein Preis ein: Über Jahrzehnte geht das Medikament für unter 40 US-Dollar über die Ladentheke.

Schon noch 1998, als der Grundstein für eine Ansiedlung gelegt wird, die bis heute als eine der wichtigsten in der Geschichte der Schaffhauser Wirtschaftsförderung gilt. Dann nämlich eröffnet der Brandschutz- und Sicherheitskonzern Tyco International in Schaffhausen eine erste Niederlassung in Schaffhausen, quasi als Vorbote: Elf Jahre später wird der Konzern seinen Hauptsitz zuerst nach Schaffhausen und dann Neuhausen verlegen. Noch heute hat Tyco einige Unternehmensteile in Neuhausen – der Hauptsitz ist aber den noch tieferen Steuern nach Irland gefolgt.

Tyco war in den 90er-Jahren mit dem Kauf von über 1000 Unternehmen zu einem riesigen Konglomerat angewachsen – und braucht 1998 eine Bank, mit der sie das Geld zwischen den einzelnen Unternehmensteilen herumschieben kann. Eine Firma, die sich Tyco in seinem Einkaufsrausch einverleibt: das amerikanische Chemie- und Pharmaunternehmen Mallinckrodt.

Auf der anderen Seite des Atlantiks findet auch eine Übernahme statt: Die kalifornische Firma Questcor kauft für 100 000 US-Dollar die Patente für das Medikament *Oxycontin*. Der Preis ist zu diesem Zeitpunkt auf 100 Dollar angestiegen.

Tyco zügelt immer weitere Konzernteile nach Schaffhausen, wo die Unternehmenssteuern immer weiter purzeln. 2006 gründet das Tyco-Tochterunternehmen Mallinckrodt im Kanton Schaffhausen auch eine eigene Tochterfirma, die gemäss ihrem Zweck als eine unternehmensinterne Bank funktionieren soll. Steuervermeidung nach dem Prinzip russische Nestpuppe.

Für solche komplizierte Konstrukte kennt der Kanton Schaffhausen zu dieser Zeit dank eines Steuerprivilegs mit dem klingenden Namen «Swiss Finance Branch» praktisch eine

Nullbesteuerung. Die Idee dahinter ist simpel: Der Konzern schiebt seine Gewinne in die Schweiz zur Swiss Finance Branch. Diese vergibt Darlehen an den Mutterkonzern oder seine Teilfirmen, vor allem im Ausland. So wird aus Eigenkapital günstigeres Fremdkapital. In der Schweiz fallen dann nur noch Steuern auf die Zinsen der Darlehen an.

Und es wird noch ein wenig verschachtelter. Die Gesundheitssparte von Tyco – die Tyco Healthcare – spaltet sich 2007 unter dem Namen Covidien ab und mit ihm das Pharmaunternehmen Mallinckrodt, das sich in dieser Zeit vermehrt auf Schmerzmittel spezialisiert. Die neue Firma zieht von Basel an die Victor von Bruns-Strasse in Neuhausen. Eine Fünf-Milliliter-Mpullen *Oxycontin* kostet zu diesem Zeitpunkt bereits rund 1000 Dollar.

«Krieg der Drogenkartells»

Bis 2007 hat Covidien also eine Neuhauser Niederlassung – und mit ihr auch sein Tochterunternehmen Mallinckrodt. Diese zügelt die hauseigene Bank im selben Jahr von Schaffhausen ebenfalls an die Victor von Bruns-Strasse 19 in Neuhausen.

Es lohnt sich, die Neuhauser Jahre ein wenig genauer unter die Lupe zu nehmen. Auf der einen Seite ist es eine Ansiedlung aus dem Bilderbuch: 2009 hat das Unternehmen 42 000 Angestellte in über 60 Ländern und rund 11 Milliarden US-Dollar Umsatz, an der Victor von Bruns-Strasse arbeiten damals rund 70 Angestellte. Und man hat grosse Pläne: «Wir wollen einer der weltweit führenden

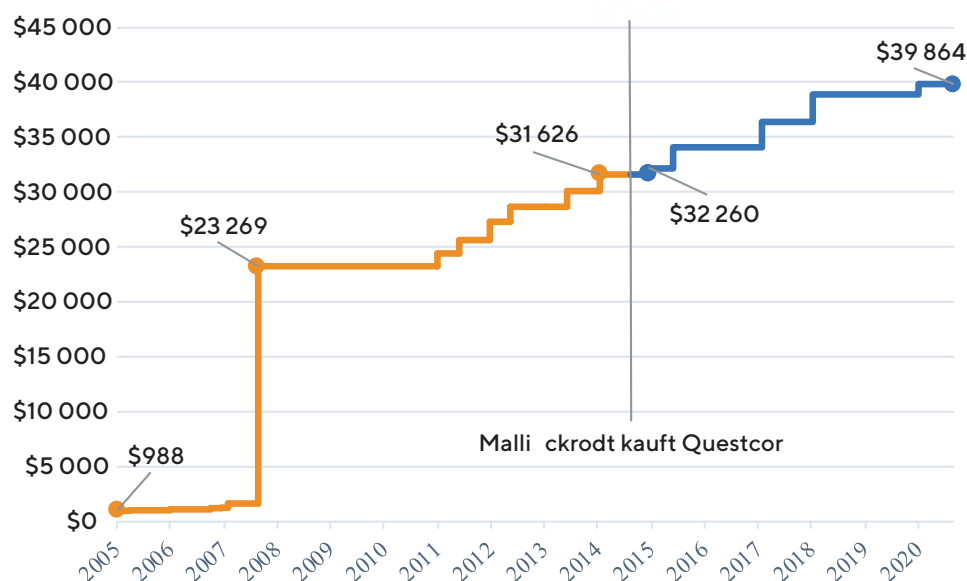
Anbieter im Gesundheitsmarkt werden», sagt der damalige Leiter der Neuhauser Niederlassung Paul McDowell zu den *Schaffhauser Nachrichten*.

In dieser Zeit entwickelt sich die Covidien-Tochterfirma Mallinckrodt zu dem ruchlosen Unternehmen, das die US-amerikanische Anti-Drogenbehörde 2010 als Spitze eines Drogenkartells aus Pharmaunternehmen bezeichnen wird, «das die Opioid-Epidemie befeuert hat». Und Mallinckrodt wird das Unternehmen sein, das den Preis von *Oxycontin* auf rund 40 000 Dollar hochtreiben wird.

Über der Reihe nach. Die Opioid-Epidemie in den Vereinigten Staaten hat zwischen 2000 und 2022 über 270 000 Menschen dahingerafft. Die US-Gesundheitsbehörde beschreibt auf ihrer Webseite drei Phasen der Epidemie, die bis heute jährlich tausende Todesopfer fordert. Die erste Phase begann, als Ärztinnen in den 90er-Jahren immer mehr opioidhaltige Schmerzmittel verschrieben; Phase zwei, als viele, die wegen dieser Schmerzmittel zu Suchtkranken wurden, ihre Schmerzmittel mit dem stärkeren Opioid Heroin ersetzten und Phase drei, als auch Heroin zu schwach wurde und durch das synthetische Opioid Fentanyl ersetzt wurde.

Es ist in ersten Phase, in der Mallinckrodt aggressiv Ärztinnen und Ärzte angeht und sie dazu bringt, zu viele opioide Schmerzmittel zu verschreiben. Zwischen 2006 – dem Jahr, in dem Mallinckrodt seine hauseigene Bank im Kanton Schaffhausen eröffnet – und 2014 entfielen, gemessen an der Potenz der Schmerztabletten, 27 Prozent des gesamten Opioidmarktes auf Mallinckrodt. Zum Vergleich:

Preissteigerung des Medikaments *Oxycontin*



Quelle: Untersuchungsbereicht des House Committee on Oversight and Reform

uf den Pharmakonzern Perdue Pharma, der als Hauptschuldiger für die Epidemie gilt, entfielen in der selben Zeit 18 Prozent des Marktes. Das zeigt eine Analyse der *Washi gto Post* von 2022, die über 1,4 Millionen interne Dokumente von Mallinckrodt, E-Mails, Videoaufnahmen und Befragungen untersucht hat.

Mallinckrodt soll seine Vertriebsteams dazu gedrängt haben, Ärzte zu finden, die eine grosse Anzahl von Rezepten ausstellten. Der Konzern soll die Topperformer mit Prämien und ausschweifenden Ferien belohnt und jenen, die die vierteljährlichen Quartalszahlen nicht erreichten, gekündigt haben. Ärztinnen, die viel Schmerzmittel verschrieben, sollen tausende Dollar für Vorträge erhalten haben. Ein nationaler Verkaufsleiter schrieb 2009 in einem E-Mail an einen Lieferanten, Mallinckrodt's Schmerztabletten seien wie Kartoffelchips: «Keep eating. We'll make more.»

Mallinckrodt verwendete aber auch unkonventionellere Mittel, um seine Vertriebsmitarbeiterinnen zu aggressiveren Verkaufstaktiken zu motivieren – der Konzern schreibt einen Reggae-Song:

*You can start at the middle,
you can start at the top.
You can start with very little
but that's not where you should stop.
Your patient needs relief, now,
so please do what you should.*

Die aggressive Verkaufspraxis hatte ihren Preis: Gemäss der Generalstaatsanwaltschaft vom Bundesstaat Massachusetts erhielten 9673 Personen, die in den letzten zwölf Jahren an einer Überdosis im Bundesstaat starben, Mallinckrodt-Schmerztabletten. 2020 erkämpften über ein Dutzend Bundesstaaten, in denen die Opioid-Epidemie am stärksten wütete, einen gerichtlichen Vergleich: Mallinckrodt muss für seine Rolle über 1,725 Milliarden US-Dollar zahlen und Konkurs anmelden. Kurz bevor der Konzern dies bekannt gab, verkündete Mallinckrodt, dass die fünf Topführungskräfte einen Bonus von 5 Millionen Dollar erhielten.

Goldgräberstimme

ber die Neuhauser Jahre von Mallinckrodt, die von 2007 bis zum Wegzug nach Schaffhausen 2014 dauerten, waren nicht nur von der Rolle des Konzerns in der Opioid-Krise geprägt.

2013 spaltet sich Mallinckrodt von Conviction ab und ist wieder selbstständig. Und wie einst Tyco beginnt auch Mallinckrodt zu expan-

dieren, dank einem weiteren Steuertrick: der irischen Steuerumkehr. Im Fall von Mallinckrodt lief das so: Die Firma kauft ein verhältnismässig kleines irisches Pharmaunternehmen. Um die vergleichsweise hohen Unternehmenssteuern in den Vereinigten Staaten zu umgehen, gründet die neue, grössere Firma im Tiefsteuerland Irland neue Tochterfirmen. Das Geld, das die Mallinckrodt-Konzernäre so sparen, wird frei, um weitere Firmen zu kaufen.

So holt sich Mallinckrodt 2014 Questcor, jene Firma also, die um den Jahrtausendwechsel die Opioid-Patente für 100 000 US-Dollar gekauft hatte. Über all die Jahre hatte Questcor den Preis der Fünf-Milliliter-Injektion von 40 Dollar auf über 32 000 Dollar angehoben – ein Preisanstieg um 80 000 Prozent. Und Mallinckrodt wollte mitverdienen. Innerhalb in den ersten sechs Wochen nach dem Kauf von Questcor spülte das Medikament für Neugeborene Mallinckrodt 123 Millionen US-Dollar in die Kasse.

In der Teppichetage herrschte plötzlich Goldgräberstimmung. Interne Kommunikation, die im Rahmen einer Untersuchung der Demokraten im US-Kongress öffentlich wurden, verdeutlichen dies. Eine Führungskraft kommentierte die eine Diskussion über den Preis von Opioiden folgendermassen: «Unter dem Strich hat jede Preiserhöhung eine positive Auswirkung für uns. Es kommt einzig darauf an, mit welchem Preis wir uns in der Öffentlichkeit wohlfühlen. Ich persönlich würde ihn hoch ansetzen. Innerhalb der Preisspanne, in der wir uns bewegen, werden die Medien so oder so gleich reagieren.»

Und genau das passierte: Trotz öffentlicher Kritik von Patientinnen, Ärzten und Versicherungen hob Mallinckrodt den Preis um mehr als 8000 Dollar weiter an. Und weil die Boni der Führungsetage zu einem grossen Teil an die Gewinne des Konzerns gebunden waren, gab es auch keinen Grund, damit aufzuhören. Wie bei den opioiden Schmerzmitteln konnte Mallinckrodt dabei auf ein Netzwerk an Ärztinnen zählen, die Opioiden für eine Vielzahl an Beschwerden verschrieben, die auch mit deutlich günstigeren Medikamenten hätten behandelt werden können. Das führte zur absurden Situation, dass Medicare, das US-amerikanische Sozialwerk für über 65-Jährige, zwischen 2015 und 2018 über 2,5 Milliarden Dollar für ein Medikament für Neugeborene ausgab.

Als Novartis an einem günstigeren Konkurrenzprodukt tüftelte, kaufte Mallinckrodt die Rechte 2014 kurzerhand auf – und legte die günstige Alternative auf Eis. Bekannt wurde der Deal nur dank der Aussage von Martin Shkreli, einem US-Hedgefondmanager, der es zu internationaler zweifelhafter Berühmtheit

Mallinckrodt
4


Mallinckrodt

Herkunftsland	US / Irland
Branche	Pharma
In Schaffhausen seit	2006
Anzahl Briefkästen in SH	3
Konzernumsatz	1.9 Mia. \$

Spezialfähigkeit Hauptverursacher der Opioid-Krise in den US, absurd hohe Medi-Preise dank Monopol.

Eine weitere Karte für das kleine Schaffhauser Steuerparadies-Quartett (SZ vom 9. März).

gebracht hatte, indem er selber den Preis eines Medikaments gegen Toxoplasmose um über 5000 Prozent in die Höhe getrieben hatte.

Der Trick, die günstige Konkurrenz zu kaufen und so zu eliminieren, war mutmasslich illegal: 2017 stimmte Mallinckrodt einem gerichtlichen Vergleich in der Höhe von 100 Millionen Dollar zu, um einer Verurteilung wegen Verstosses gegen das Kartellrecht zu entgehen.

Immer noch hier

Im Februar 2022 beendete ein Richter das 16-monatige Konkursverfahren gegen Mallinckrodt und stimmte einem Reorganisationsplan zu, der es dem Konzern unter anderem erlaubt, 1,3 Milliarden Dollar an Schulden abzuschreiben.

In all diesen Jahren blieb der Konzern, der einst als Teil von Tyco International in den Kanton Schaffhausen und nach Neuhausen kam, der Region treu. Heute besitzt Mallinckrodt noch eine Zweigniederlassung und zwei Holdinggesellschaften in der Stadt Schaffhausen.

Die hauseigene Bank, mit der alles begann und die mutmasslich dafür gebraucht wurde, Gewinne aus dem US-Geschäft in Neuhausen zu bunkern, wurde im Mai 2019 aufgelöst; fast genau ein Jahr, nachdem der Bundesrat angekündigt hatte, dass das passende Steuerprivileg «Swiss Finance Branche» bald auslaufen werde.



EURASIA
FREIER PLATZ 10

Kaschaffhausistan



Nur ein Briefkasten an einem unscheinbaren Haus an der Bachstrasse weist auf kasachische Staatsgelder in Schaffhausen hin.

Peter Pfister

DIKT TORENGELD In Kasachstan die Deals mit der korrupten Regierung, in Schaffhausen die Gewinne: Es geht um einen Briefkasten, Millionen von Dollars, John-Deere-Traktoren – und viel Geheimniskrämerei.

tiert. Die ehemalige Sowjetrepublik setzt auf staatliche Repression: Menschenrechtsorganisationen und internationale Gewerkschaftsverbände weisen schon lange darauf hin, dass das Regime Menschenrechte verletzt und

Doerte Letzmann und Mattias Greuter

Ein silberner Briefkasten an einem unscheinbaren weissen Gebäude an der Bachstrasse: «Eurasia Group AG» steht da, und «Bitte keine Werbung». Was da nicht steht – und was uns hierher geführt hat: Die Eurasia Group macht Millionengeschäfte mit Kasachstan.

Mit kräftiger Unterstützung der Schweizer Politik ist die kasachische Diktatur für hiesige Unternehmen zum Eldorado geworden, wie die WOZ vor zwei Wochen aufgezeigt hat. Die Eurasia Group mit Sitz in Schaffhausen hat einen besonders dicken Deal an Land gezogen.

Landen kasachische Staatsgelder im steuergünstigen Schaffhausen? Die Spur der Dollars ist deutlich, die Firma schweigsam. Aber von vorne.

Diktatorisches Investorenparadies

Kasachstan macht gerade Schlagzeilen. Die autoritär geführte Regierung hat vor wenigen Wochen den Protest der Bevölkerung gegen die anhaltende Korruption im Land brutal niedergeschlagen. Mehr als 200 Menschen kamen ums Leben, rund 10 000 wurden inhaftiert.

«Das geht niemanden etwas an.»

Andreas Stauffer, Eurasia-Group-Verwaltungsrat

Arbeiterinnenrechte missachtet. Auf dem Demokratieindex des Economist liegt Kasachstan auf Rang 128 von 180, knapp hinter Katar. Auf dem Korruptionswahrnehmungsindex von Transparency International schafft das Land immerhin Rang 102, den es sich mit Sri Lanka und Gambia teilt.

Dass Kasachstan eine Diktatur ist, hindert die Schweizer Wirtschaft allerdings nicht daran, beste Beziehungen mit dem Land zu unterhalten. Denn das zentralasiatische Land verfügt über reiche Bodenschätze und ist ein wichtiger Rohstofflieferant für den Westen. Zwischen 2005 und 2019 flossen 25 Milliarden US-Dollar aus der Schweiz nach Kasachstan, wie die WOZ in ihrer Ausgabe vom 13. Januar aufzeigt.

Die Zeitung berichtet auch, dass sich der kasachische Staatspräsident Kassim Jomart-Tokajew und seine Entourage erst im November 2021 in Genf von Bundespräsident Guy Parmelin, Ueli Maurer und Vertretern von dutzenden führenden Schweizer Unternehmen trafen, darunter Glencore, Roche und Stadler Rail.

Keine sechs Wochen bevor Präsident Jomart-Tokajew den Befehl erteilt hat, ohne Vorwarnung auf Demonstrierende zu schiessen, posierte er mit Guy Parmelin für ein Foto. Der rote Teppich wurde ausgerollt, die militärische Blaskapelle blies auf, danach ging es vor allem um den Abschluss wirtschaftlicher Deals.

Ganz vorne mit dabei: die *Eurasia Group* mit Sitz in Schaffhausen, Vertriebspartner für den amerikanischen Traktorgiganten *John Deere* und einer von zahlreichen Konzernen, die international agieren, aber ihre Sitze mit wenig oder gar keinem Personal im steuerünstigen Schaffhausen haben.

Die Firmengruppe konnte bei diesem Treffen einen 50-Millionen-Dollar-Deal mit der kasachischen Regierung abschliessen, für die Errichtung von zehn «*Eurasia Group Service Centers*». Diese Service-Center muss man sich wie Utophäuser für *John-Deere*-Traktoren vorstellen, Verkaufs- und Servicestellen für Landwirtschaftsmaschinen.

«Geschäftsgeheimnis»

Ein Schaffhauser Unternehmen zieht einen Riesendeal an Land, wäre da nicht eine stolze Mitteilung angebracht? Fehlanzeige. «Das geht niemanden etwas an», erklärt Andreas Stauffer am Telefon. Stauffer ist Mitglied des Verwaltungsrates der *Eurasia Group* und ihr Vertreter in Schaffhausen. Möchte er etwas zum Millionen-Deal mit der kasachischen Regierung sagen? «Nö», sagt er etwas konsterniert. Das sei «Geschäftspolitik und Geschäftsgeheimnis», erklärt er: «Wenn wir etwas zu sagen haben, dann geben wir das bekannt.» Ein zweiter Verwaltungsrat gibt sich ähnlich wortkarg: «Sie können gerne weiter fragen, ich gebe Ihnen keine Auskunft.» Ob die kasachischen Staatsgelder nach Schaffhausen fliessen, ist aus den beiden nicht herauszubekommen.



Hier Briefkaste, dort Glasfront: Service-Center für Traktore in Kokshetau.

invest.gov.kz

Die beiden fungieren als notwendige Mittelmänner: In der Schweiz domizilierte Konzerne brauchen mindestens ein hier ansässiges Verwaltungsratsmitglied – ein gutes Geschäft für ein kleines Heer von Beratern, die meist auch den Kontakt mit den Behörden abwickeln.

Der Kanton Schaffhausen hat zwar nicht ganz die tiefsten Unternehmenssteuern der Schweiz, ist aber dafür bekannt, dass Steuerabkommen mit der Regierung, sogenannte Tax Rulings, hier besonders einfach zu kriegen sind. Welche Firmen welche Steuervergünstigungen kriegen, darüber schweigt der Kanton. Das «Geschäftsgeheimnis», das Andreas Stauffer ins Feld führt, ist auch unserer Regierung heilig.

Stauffer führt in Schaffhausen zwei Steuerberatungsunternehmen und sitzt in der Geschäftsleitung oder im Verwaltungsrat von einem Dutzend weiterer Firmen. Darüber hinaus unterhält er Mandate in knapp zwei Dutzend gelöschten oder sich in Auflösung befindenden Unternehmen. Fünf davon gingen in Konkurs.

Entwicklungszusammenarbeit

In Schaffhausen schweigt die Firma, in Kasachstan wird das lukrative Geschäft mit *John Deere* und der Regierung an die grosse Glocke gehängt. Kasachische Medien berichten überschwänglich, dass Präsident Jomart-Tokajew im Juli 2021 das grösste dieser Traktor-

Utophäuser besucht hat, einen schimmernden Komplex mit Glasfront und 45 angestellten in Kokshetau. Die Stadt liegt passenderweise in der «Kasachischen Schweiz», einer idyllischen Berge-und-Seen-Landschaft im Norden des Landes.

Das *Eurasia*-Marketingmaterial zeigt Videos voller leuchtend grüner Traktoren auf üppigen Feldern und in hochmodernen Einstellhallen.

Zum Image, das die *Eurasia*-Gruppe pflegt, gehört die grosszügige Wirtschaftshilfe des Westens. In Kokshetau präsentieren die Kinder des «*John Deere & Eurasia Junior Clubs*» Regierungs- und Firmenvertretern ihre Gedichte und Zeichnungen zum Thema «We feed the world». An anderer Stelle wird bekannt gegeben, dass die *Eurasia Group* ein Ausbildungsprogramm für Mechatroniker anbietet.

Dafür investiert das Unternehmen 82 000 Euro – viel Geld in Kasachstan, aber wenig Geld im Kontext von Millionendeals mit der Regierung.

Wie die *Eurasia*-Gruppe an der landwirtschaftlichen Entwicklung in Zentralasien Geld verdient, zeigt das Beispiel Kirgisien. Hier war sie mindestens von 2009 bis 2011 der private Partner für ein Programm zur Modernisierung der kirgisischen Landwirtschaft, finanziert mit Entwicklungsgeldern der US. Die *Eurasia Group* und *John Deere* stellten die Traktoren zur Verfügung, *Pioneer* lieferte hybrides Saatgut und *DuPont* und *Monsanto* die Pestizide. Es liegt nahe, dass die 50 Millionen kasachischen

Saatgut von Pioneer,
Pestizide von Monsanto
und John-Deere-
Traktore von Eurasia.

Staatsdollar einem ähnlichen Zweck dienen sollen.

Eurasien liegt in Schaffhausen

In der Schweiz aber hat die *Eurasia Group G* nicht einmal eine Webseite. Gemäss Unterlagen im Handelsregisteramt wurde die *Eurasia Group G* 2008 zum Zweck des «internationalen Handels mit Produkten aller Art sowie der Übernahme von Industrievertretungen» gegründet. Mit *John Deere* arbeitet das Unternehmen schon seit der Gründung zusammen.

Schon *John Deere* hatte während gut 20 Jahren einen Firmensitz in Schaffhausen, zum Zweck des «Vertriebs von Maschinen in Europa, Afrika und dem Nahen und Mittleren Osten». Und natürlich, um von den günstigen Steuerbedingungen hier zu profitieren. 2021 wurde der hiesige Firmensitz aufgelöst, die Traktoren werden aber weiter in den Mittleren Osten verkauft, nur eben über die *Eurasia Group G*.

Schon bei ihrem Schaffhauser Domizil geht es wohl um Steuervorteile. Hier vollzog sich eine kurze, aber intensive Darbietung von Firmenballett. In den Hauptrollen: mehrere

Gesellschaften mit fast gleichen Namen und ein Schaffhauser Steuerberater.

Erklärung, das könnte jetzt schwindelig machen: Ende Mai 2021 wird die *Eurasia Group G* in die *Eurasia Swiss Holding* umgewandelt. Am gleichen Tag entsteht eine neue *Eurasia Group G*, gegründet von dieser *Eurasia Swiss Holding*, vertreten durch einen Notar. Die neue Firma übernimmt von der Holding den ganzen Geschäftsbereich. Für diese Übergabe zeich-

Das Geld fliesst vom kasachischen Regime über je eine Holding in Kasachstan und in der Schweiz nach Schaffhausen.

net als Verwaltungsrat Andreas Stauffer, der schweigsame Schaffhauser Steuerberater.

Mit diesem Trick – eine Holding gründet eine *G* und übergibt ihr das Geschäft – kann

laut Steuerberatern ein Teil der kürzlich abgeschafften Steuerprivilegien für Holdings wieder wettgemacht werden.

Wohin welche Gelder fliessen und wer letztendlich profitiert, wird in diesem Unternehmensdickicht nicht klar. Dafür gibt es einen konkreten Hinweis, dass es tatsächlich kasachische Staatsgelder sind, die in Schaffhausen landen.

Denn im Vertrag zur erwähnten Geschäftsübergabe wird aufgelistet, was genau an die neue *Eurasia Group G* übergeht. Dazu gehören Fahrzeuge im Wert von rund 24 Millionen Franken – darunter *John-Deere*-Traktoren, darf man vermuten. Interessanter: Zu den insgesamt mit 44 Millionen Franken bewerteten Aktivitäten gehört auch eine Finanzanlage im Wert von rund 11 Millionen Franken, Anteile an einer Tochtergesellschaft, «die als Landesholding für die Aktivitäten in Kasachstan fungiert», also das kasachische Geschäft abwickelt.

Konkret heisst das: Mit *John-Deere*-Traktoren und der kasachischen Diktatur verdientes Geld landet, einmal durch ein Holdingkonstrukt geschleust, im Steuerparadies am Rheinfall. Grosse Geschäfte dort, kleine Steuern hier – willkommen in Kaschaffhausistan.

CORON

Neuinfektionen erreichen neue Rekordwerte; Booster jetzt für Jugendliche und als Walk-In erhältlich

Walk-In-Kreuzbooster

UPDATE Die Omikron-Welle hält die Schweiz weiter im Griff. Und der Höhepunkt ist noch nicht erreicht, wie das BAG mitteilt. In Schaffhausen wie in der ganzen Schweiz gibt es derzeit rekordhohe Neuinfektionen. Am Mittwoch meldete das BAG 43 199 neue Corona-Neuinfektionen. Der 7-Tage-Schnitt stieg damit um 22 Prozent im Vergleich zur Vorwoche. In Schaffhausen wurden 293 neue Fälle gemeldet, so viele wie noch nie.

Im Kanton könnte es auf der Intensivstation deswegen eng werden. Während die Intensivstationen schweizweit nur zu 76,4 Prozent ausgelastet sind, ist die Schaffhauser Intensivstation bis aufs letzte Bett belegt. Aber nicht nur mit Covid-Patienten. Vielmehr ist nur eines der sechs

verfügbaren Betten zurzeit von einem Covid-Patienten belegt. Insgesamt sind 11 Personen wegen Covid im Spital.

Vertreter des Schweizer Gewerbes und der bürgerlichen Parteien fordern derweil die Aufhebung der einschneidendsten Massnahmen. Sie fordern ein Ende der Homeofficepflicht, der Isolations- und Quarantänepflicht und der Zertifikatspflicht.

Seit Dienstag, dem 25. Januar, bietet das Kantonale Impfzentrum Auffrischimpfungen auch für Jugendliche von 12 bis 15 Jahren an. Und musste man sich zu Beginn der Booster-Kampagne noch anmelden, gibt es ab dem 1. Februar die Booster-Impfung auch als Walk-In-Angebot.

Wichtig für diejenigen, die sich mit dem «Janssen» Vektor-

Impfstoff von Johnson und Johnson haben impfen lassen: Sie können ihre Grundimmunisierung jetzt mit einer Dosis eines mRNA-Impfstoffs ergänzen. Beziehungsweise müssen sie das sogar, denn

explizit erlaubt der Kanton nur denjenigen einen Janssen-Booster, die sich aus medizinischen Gründen nicht mit einem mRNA-Impfstoff impfen lassen können oder diesen ablehnen. **dl.**



Im KIZ sind Booster-Walk-Ins bald möglich.

Peter Pfister